



Leitfaden für die Unterbringung im Ausland als Kindesschutzmassnahme

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Vorbemerkung: Verwendung des Leitfadens	4
3.	Allgemeine Informationen	4
3.1.	Fallkonstellationen: eingehende und ausgehende Fälle	4
3.2.	Rechtliche Grundlagen	4
3.2.1.	Pflegekinderverordnung	4
3.2.2.	Haager Kindesschutzübereinkommen	5
3.2.3.	Internationales Privatrecht	6
3.2.4.	Ausländerrecht	6
3.3.	Freiwillige Unterbringungen	7
3.4.	Folgen der Missachtung der Platzierungsregeln	8
4.	Internationale Platzierungen: Verfahren	9
4.1.	Eingehende Fälle	9
4.1.1.	Das Kind befindet sich noch im ersuchenden Staat - Eine ausländische Behörde ersucht vorgängig um die Zustimmung der zuständigen Schweizer Behörden	9
a.	Aus einem Vertragsstaat des HKsÜ	9
b.	Aus einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ	14
4.1.2.	Das Kind befindet sich noch im ersuchenden Staat - Die Schweizer Behörden erhalten eine Unterbringungsverfügung ohne vorgängiges Einwilligungsgesuchen	15
a.	Aus einem Vertragsstaat des HKsÜ	15
b.	Aus einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ	17
4.1.3.	Freiwillige Unterbringung mit Unterstützung der Behörden	18
a.	Aus einem Vertragsstaat des HKsÜ	18
b.	Aus einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ	19
4.1.4.	Das Kind befindet sich bereits in der Schweiz - «Vollendete Tatsachen»	20
a.	Aus einem Vertragsstaat des HKsÜ	20
b.	Aus einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ	21
4.2.	Ausgehende Fälle	23
4.2.1.	Das Kind befindet sich noch in der Schweiz - Korrektes Verfahren (mit vorgängigem Zustimmungsgesuch)	23



a.	Mit einem Vertragsstaat des HKsÜ	23
b.	Mit einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ	25
4.2.2.	«Vollendete Tatsachen» - Der Unterbringungsentscheid ist bereits ergangen und/oder das Kind ist bereits im anderen Staat untergebracht.....	25
a.	In einem Vertragsstaat des HKsÜ	25
b.	In einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ	26
4.2.3.	Freiwillige Unterbringung mit Unterstützung der Behörden.....	27
a.	In einen Vertragsstaat des HKsÜ	27
b.	In einen Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ	28
5.	Verfahrensfragen.....	29
5.1.	Verfahrenskosten	29
5.2.	Kommunikationssprachen, Übersetzungen	29
6.	Hilfreiche Links	31



1. Einleitung

Dieser Leitfaden soll in erster Linie die Rolle und die Funktionen der zuständigen Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden gemäss den Rechtsgrundlagen im Bereich der Platzierungen im Ausland als Kindesschutzmassnahmen aufzeigen¹. Erläutert werden insbesondere die Funktionsweise und die Anwendung von Artikel 33 des [Haager Kindesschutzübereinkommens \(HKsÜ\)](#)² sowie das Zusammenspiel mit der [Pflegekinderverordnung \(PAVO\)](#)³. Eine effiziente und kindeswohlgerichtete Umsetzung dieser Instrumente setzt die Koordination zwischen den Zivil- und/oder Administrativ- sowie Migrationsbehörden von Bund, Kantonen und/oder Gemeinden voraus, sobald diese in das Verfahren einzubeziehen sind. [Die Zentrale Behörde Ihres Kantons für das HKsÜ](#), als Ihre erste Anlaufstelle, sowie die [Zentrale Behörde des Bundes](#)⁴ und das [Staatssekretariat für Migration \(SEM\)](#) stehen Ihnen gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) verweist zudem auf die [Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung](#)⁵.

Der Leitfaden ist für sämtliche in den Bereichen des Zivil- und des Migrationsrechts tätigen kantonalen oder kommunalen Behörden gedacht, welche bei der Unterbringung von Kindern aus dem bzw. ins Ausland mitwirken und geht dabei lediglich auf die *zivilrechtlichen Aspekte* der Platzierungen ein. Unterbringungen aus der oder in die Schweiz gehen jedoch in nicht unerheblichem Masse auf Verfügungen von Strafbehörden zurück. Gemäss [Artikel 4 Buchstabe i HKsÜ](#) wird das Übereinkommen nie auf Massnahmen infolge von Straftaten angewandt, die von Kindern begangen wurden. Die Pflegekinderverordnung bleibt hingegen auch auf solche Fälle anwendbar⁶.

¹ Das vorliegende Merkblatt gibt keine Auskunft über die Platzierung von Kindern zur Adoption. Diese wird separat geregelt und untersteht einem spezifischen Verfahren (vgl. www.adoption.admin.ch).

² Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Massnahmen zum Schutz von Kindern (SR 0.211.231.011).

³ Verordnung vom 19. Oktober 1977 über die Aufnahme von Pflegekindern (PAVO, SR 211.222.338)

⁴ Das Bundesamt für Justiz wurde als Zentrale Behörde des Bundes bestimmt, vgl. [Artikel 1 BG-KKE](#)

⁵ Die Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.

⁶ Vgl. Kapitel 2.3. der Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung. Die Empfehlungen sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.



2. Vorbemerkung: Verwendung des Leitfadens

Nachfolgend werden die wesentlichen Verfahrensschritte für die gängigsten Fallkonstellationen beschrieben. Zur besseren Übersicht und um sämtliche Informationen zu einer bestimmten Fallkonstellation zu bündeln, sind in jedem Kapitel die wichtigsten Verfahrensschritte zur jeweiligen Fallkonstellation erläutert. Dies hat einige inhaltliche Wiederholungen zur Folge, ermöglicht jedoch das gezielte Nachschlagen einer Fallkonstellation und den direkten Zugang zu den benötigten Informationen.

Es wird empfohlen, dass die Kantone ihre genauen Verfahren und die zuständigen kantonalen Behörden auf der Grundlage des vorliegenden Leitfadens und der [Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliäre Unterbringung](#)⁷ bestimmen.

3. Allgemeine Informationen

3.1. Fallkonstellationen: eingehende und ausgehende Fälle

Es gibt zwei Kategorien von internationalen Platzierungen von Kindern: eingehende Fälle – bei denen das im Ausland wohnhafte Kind in der Schweiz untergebracht wird – und ausgehende Fälle – bei denen das in der Schweiz wohnhafte Kind im Ausland platziert wird. Das jeweilige Verfahren hängt zudem davon ab, ob der andere involvierte Staat das [HKsÜ ratifiziert hat](#) oder nicht.

3.2. Rechtliche Grundlagen

Zusätzlich zu den einschlägigen Bestimmungen des [ZGB](#) gelangen je nach Fallkonstellation folgende Rechtsgrundlagen zur Anwendung:

3.2.1. Pflegekinderverordnung

Die [Pflegekinderverordnung](#) ist in beiden Fallkonstellationen anwendbar (eingehende und ausgehende Fälle), unabhängig vom Herkunfts- oder Gastland des Kindes: Die einschlägigen Bestimmungen sind [Artikel 2a](#) über die Platzierung von Kindern im Ausland sowie [Artikel 6](#) und [6b](#) über die Aufnahme ausländischer Kinder, die bisher im Ausland gelebt haben. Die Platzierung

⁷ Die Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.



von Schweizer Kindern, die bisher im Ausland gelebt haben, untersteht den allgemeinen Bestimmungen der [Artikel 4](#) und [5](#), da es hierfür keiner Zusatzregeln wie jener in [Artikel 6](#) bedarf.

3.2.2. Haager Kindesschutzübereinkommen

Das [Haager Kindesschutzübereinkommen](#), insbesondere [Artikel 33](#)⁸, gilt für die Beziehungen unter den [Vertragsstaaten](#), und zwar sowohl für eingehende als auch für ausgehende Fälle. Entsprechend gilt Artikel 33 nicht im Verhältnis mit Staaten, die das Übereinkommen nicht ratifiziert haben – dies im Gegensatz zur Pflegekinderverordnung, die in allen Fällen anwendbar ist.

Artikel 33 HKsÜ sieht ein obligatorisches Konsultationsverfahren mit dem Aufnahmestaat vor. Es ist wichtig, diese Phase zu nutzen, um eventuell problematische Fragen anzusprechen⁹. [Im erläuternden Bericht zum HKsÜ](#) wird betont, dass die Konsultation den Behörden des Aufnahmestaats eine Befugnis zur Überprüfung der Entscheidung gibt und es ermöglicht, die Aufenthaltsbedingungen des Kindes im Aufnahmestaat im Voraus zu regeln, insbesondere im Hinblick auf die in diesem Staat geltenden Einwanderungsgesetze oder die Aufteilung der bei der Durchführung der Platzierungsmassnahme anfallenden Kosten. Die Nichtbefolgung des Verfahrens nach Artikel 33 kann das Kindeswohl beeinträchtigen und die Nichtanerkennung der Platzierungsverfügung nach sich ziehen: Es kann zwar die Möglichkeit eingeräumt werden, die übersprungenen Verfahrensschritte nachzuholen – dies ist aber nicht zwingend.

Es ist wichtig zu betonen, dass das HKsÜ weder das genaue Verfahren im Aufnahmestaat festlegt noch die zuständige Behörde bestimmt. [Artikel 2 Absatz 2 des BG-KKE](#)¹⁰ sieht vor, dass die Zentralen Behörden der Kantone für die Aufgaben zuständig sind, die das HKsÜ den Zentralen Behörden zuweist; im Übrigen muss das Konsultationsverfahren auf kantonaler Ebene festgelegt (und koordiniert) werden.

⁸ Artikel 33 lautet wie folgt: « (1) Erwägt die nach den Artikeln 5–10 zuständige Behörde die Unterbringung des Kindes in einer Pflegefamilie oder einem Heim oder seine Betreuung durch Kafala oder eine entsprechende Einrichtung und soll es in einem anderen Vertragsstaat untergebracht oder betreut werden, so zieht sie vorher die Zentrale Behörde oder eine andere zuständige Behörde dieses Staates zu Rate. Zu diesem Zweck übermittelt sie ihr einen Bericht über das Kind und die Gründe ihres Vorschlags zur Unterbringung oder Betreuung. (2) Die Entscheidung über die Unterbringung oder Betreuung kann im ersuchenden Staat nur getroffen werden, wenn die Zentrale Behörde oder eine andere zuständige Behörde des ersuchten Staates dieser Unterbringung oder Betreuung zugestimmt hat, wobei das Wohl des Kindes zu berücksichtigen ist. »

⁹ Für weitere Einzelheiten und Beispiele vgl. das [Praxis-Handbuch für die Anwendung des HKsÜ](#).

¹⁰ Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (SR 211.222.32).



3.2.3. Internationales Privatrecht

In Situationen, in denen das Haager Kindesschutzübereinkommen nicht anwendbar ist, gilt grundsätzlich das [Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht \(IPRG\)](#)¹¹, insbesondere [Artikel 85 Absatz 4](#), wonach Massnahmen, die in einem Nicht-Vertragsstaat des [HKsÜ](#) ergangen sind, anerkannt werden, wenn sie im Staat des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes ergangen sind oder dort anerkannt werden. Die ausländischen Massnahmen werden nach Massgabe von [Artikel 25 ff. IPRG](#) anerkannt. Nach [Artikel 85 Absatz 3 IPRG](#) sind die schweizerischen Behörden zudem zuständig, wenn es für den Schutz einer Person oder von deren Vermögen unerlässlich ist.

3.2.4. Ausländerrecht

Nach [Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe c AIG](#)¹² kann von den ordentlichen Zulassungsvoraussetzungen ([Artikel 18–29](#)) abgewichen werden, um den Aufenthalt von Pflegekindern zu regeln. [Artikel 33 VZAE](#)¹³ sieht deshalb vor, dass Pflegekindern Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden können, wenn die zivilrechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Pflegekindern erfüllt sind, insbesondere wenn die Pflegeeltern hinsichtlich ihrer Eignung abgeklärt sind. Nach [Artikel 48 AIG](#) haben im Hinblick auf ihre Adoption in der Schweiz untergebrachte Kinder zudem Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung, wenn die zivil- und ausländerrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Dieser Anspruch besteht selbst dann, wenn die Adoption nicht zustande kommt. Ausländerrechtlich von Bedeutung sind sodann die Rechtsprechung und die Praxis zu [Artikel 8 EMRK](#)¹⁴ (Schutz des Familien- und Privatlebens).

Das [SEM](#) entscheidet als letzte Behörde über die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen. Es behält seine Vorrechte auf der Grundlage des [AIG](#) und der [VZAE](#) sowie der sich daraus ergebenden Rechtsprechung, so dass ein positiver Bescheid einer kantonalen Zivilbehörde nicht automatisch die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung impliziert.

¹¹ Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (SR 291).

¹² Bundesgesetz vom 15. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (SR 142.20).

¹³ Verordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (SR 142.201).

¹⁴ Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SR 0.101).



Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass das [FZA](#)¹⁵ keine Bestimmungen über die internationale Unterbringung von Kindern enthält, dass aber alle EU-/EFTA-Staaten das HKsÜ ratifiziert haben; im Falle der Platzierung eines Kindes in der Schweiz, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem EU-/EFTA-Staat hat, ist das HKsÜ die relevante internationale Rechtsgrundlage.

3.3. Freiwillige Unterbringungen

Im Falle einer *freiwilligen Unterbringung*, d.h. falls kein Platzierungsentscheid der zuständigen Behörde vorliegt, ist [Artikel 33 HKsÜ](#) nicht anwendbar. Selbstverständlich haben sich die Eltern in jedem Fall an die im Gaststaat geltenden Rechtsvorschriften zu halten, und die schweizerischen Behörden müssen sie darauf aufmerksam machen, sofern sie an der Unterbringung in irgendeiner Weise aktiv mitwirken.

In der Praxis ist bei der Platzierung zwar oftmals eine Behörde beteiligt, welche aber aus verschiedenen Gründen (oftmals mit Rücksicht auf die Eltern oder aber zur Ermöglichung einer besseren Kooperation) entscheidet, für die Unterbringung keine formelle Verfügung zu erlassen, so dass die Unterbringung gewissermassen «freiwillig» erfolgt. Soweit die [PAVO](#) auf die Platzierungen anwendbar ist, welche nicht behördlich angeordnet wurden, sind ihre Vorgaben einzuhalten. Zudem ist davon auszugehen, dass die beteiligte Behörde (in der Regel wird es sich um eine KESB handeln, aber denkbar sind auch andere Behörden) die gesetzlichen Vorgaben kennt und weiss, dass diese Regeln erlassen wurden, um das Interesse des Kindes zu schützen: Erachtet sie die Platzierung eines Kindes zwar als notwendig, sieht aber im Einzelfall vom Erlass einer entsprechenden Verfügung ab, sollten zumindest die Bestimmungen der PAVO (namentlich [Art. 2a Abs. 1](#)) analog angewendet werden. Die Einhaltung dieser Bestimmungen garantiert nicht nur den Schutz des Kindes, sondern auch die Einhaltung der Anforderungen des Rechtes des Staates, in welchem das Kind untergebracht werden soll.

Zudem muss die freiwillige Platzierung eines Kindes aus dem Ausland in der Schweiz oder aus der Schweiz im Ausland den Anforderungen des Ausländerrechts des Landes entsprechen, in dem das Kind untergebracht werden soll. Insbesondere müssen Pflegeeltern eine Einreise- und/oder Aufenthaltsbewilligung beantragen, bevor das Kind in die Schweiz kommt oder ins Ausland zieht, sowie vor der Einreise in die Schweiz eine Bewilligung gestützt auf [Artikel 6 PAVO](#).

¹⁵ Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (SR 0.142.112.681).



3.4. Folgen der Missachtung der Platzierungsregeln

Die Missachtung der internationalen, in- und ausländischen Unterbringungsregeln kann schwerwiegende Folgen nach sich ziehen:

- Gefährdung des Kindes

Es sind Fälle von Kindern bekannt, die misshandelt werden, in ungesunden Verhältnissen wohnen, nicht korrekt eingeschult sind und ohne gesetzliche Vertretung und Aufenthaltsbewilligung im Ausland leben.

- Verwicklung der Kinder in strafbare Handlungen

Besonders bei der Unterbringung im Ausland von «Problemkindern» kann es vorkommen, dass diese mit dem Gesetz des jeweiligen Gastlandes in Konflikt geraten. Die jeweiligen Folgen (insbesondere die Massnahmen) entsprechen meist nicht dem Schweizer Jugendstrafrecht. Die Einhaltung der Regeln für die Auslandsplatzierung erleichtert die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und führt zu einer besseren Betreuung der Kinder. Dadurch wird auch das Risiko, dass die Kinder oder Jugendlichen strafbare Handlungen begehen und nach der Gesetzgebung des Staates, in welchem sie untergebracht sind, bestraft werden könnten, zumindest reduziert, wenn es sich auch nicht ganz ausschliessen lässt.

- Zivil- und/oder strafrechtliche Haftung der Behörden und der Eltern

Im Einzelfall können Behörden und Eltern, die das Kind untergebracht oder daran mitgewirkt haben, zivil- und/oder strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Es sind Fälle bekannt, in denen Einrichtungen für Kinder im Ausland strafrechtlich verfolgt oder die Eltern der dort unterbrachten Kinder mit einem Sorgerechtsentzugsverfahren konfrontiert wurden. Solche Situationen lassen sich zwar meist mit Unterstützung der schweizerischen Vertretungen im Ausland beheben, häufig aber zum Preis grosser diplomatischer Anstrengungen und kostspieliger Verfahren.



4. Internationale Platzierungen: Verfahren

4.1. Eingehende Fälle

4.1.1. Das Kind befindet sich noch im ersuchenden Staat - Eine ausländische Behörde ersucht vorgängig um die Zustimmung der zuständigen Schweizer Behörden

a. Aus einem [Vertragsstaat des HKsÜ](#)

1. Einleitung Konsultationsverfahren

Die Zentrale Behörde ([des Bundes](#) oder [des Kantons](#)) nimmt das Ersuchen der [ausländischen Zentralen Behörde](#) entgegen und prüft summarisch, ob das Dossier sämtliche erforderlichen Informationen enthält (insb. einen Bericht oder ausreichende Angaben zum Kind sowie die Gründe, die eine Unterbringung in der Schweiz rechtfertigen). Wenn erforderlich, fordert die Zentrale Behörde (des Bundes oder des Kantons) ergänzende Auskünfte an. Ist das Ersuchen vollständig, koordiniert die kantonale Zentrale Behörde das in [Artikel 33 HKsÜ](#) vorgesehene Konsultationsverfahren. (Abbildung 1)

Die Vorprüfung der schweizerischen Behörden gemäss Artikel 33 HKsÜ muss Folgendes betreffen:

- Ort der Unterbringung (Pflegefamilie oder Einrichtung);
- Platzierungsprojekt im Allgemeinen (Situation im Herkunftsland, Subsidiarität, Interesse des Kindes, Finanzierung und weitere praktische Aspekte); und
- Migrationsrechtliche Aspekte.

Die verschiedenen, für die vorgenannten Aspekte zuständigen Behörden werden durch das Bundes- und/oder das kantonale Recht bestimmt. Ist dies nicht der Fall, empfiehlt es sich, die Situation innerhalb jedes Kantons zu besprechen und das weitere Vorgehen festzulegen.

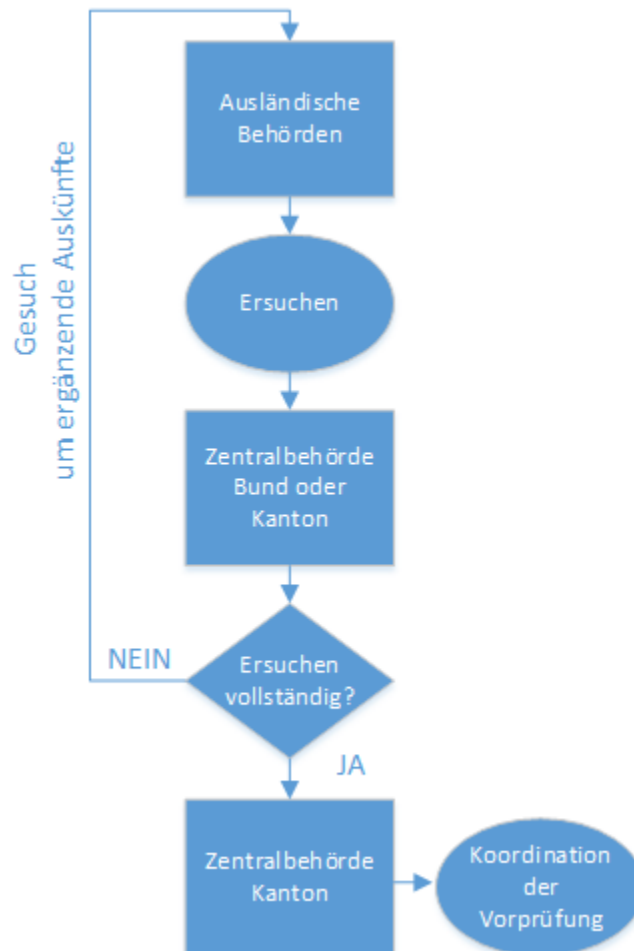


Abbildung 1

Variante: Übermitteln die ausländischen Behörden das Ersuchen an eine andere als die Zentrale Behörde (des Bundes oder des Kantons), so leitet diese das Ersuchen unmittelbar an die kantonale Zentrale Behörde weiter, damit diese das weitere Verfahren koordinieren kann. Im Weiteren läuft das Verfahren wie nachfolgend beschrieben ab. (Abbildung 2)

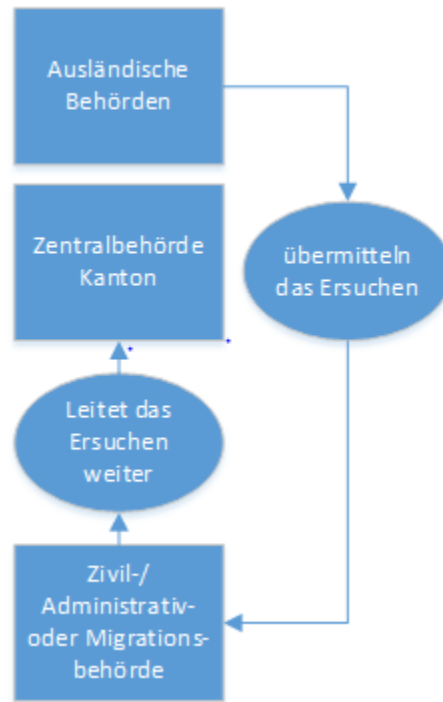


Abbildung 2

2. Vorprüfung Unterbringungsort

Die kantonale Zentrale Behörde ersucht die zuständige Behörde um eine Vorprüfung des Platzierungsortes. Diese prüft das Ersuchen einerseits anhand des Dossiers und der Erläuterungen der Behörden des ersuchenden Staates, andererseits gestützt auf ihre eigenen Abklärungen (sie kann ergänzende Auskünfte anfordern). (Abbildung 3)

3. Vorprüfung Projekt

Die kantonale Zentrale Behörde bittet die schweizerische Behörde, die für die Anordnung der Platzierung zuständig wäre (in der Regel die KESB), um eine Vorprüfung des Platzierungsprojekts auf der Grundlage des Dossiers und der Erläuterungen der Behörden des ersuchenden Staates sowie der Vorprüfung des Unterbringungsortes (sie kann zusätzliche Informationen anfordern). (Abbildung 3)



4. Vorprüfung Migrationsrecht

Die kantonale Zentrale Behörde bittet die zuständige Migrationsbehörde um eine Vorprüfung der migrationsrechtlichen Aspekte der Platzierung auf der Grundlage des Dossiers und der Erläuterungen der Behörden des ersuchenden Staates sowie der Vorprüfung des Platzierungsortes und des Platzierungsprojektes (sie kann zusätzliche Informationen anfordern). (Abbildung 3)

[Artikel 33 VZAE](#) sieht vor, dass Pflegekindern Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden können, wenn die zivilrechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Pflegekindern erfüllt sind. Im Bereich des internationalen Kindesschutzes ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Unterbringung des Kindes in der Schweiz ausschliesslich dem Kindeswohl dient und dabei keine anderen – insbesondere migrationspolitischen – Erwägungen im Vordergrund stehen¹⁶.

5. Erteilung oder Verweigerung Zustimmung

Sobald die Vorprüfung der kantonalen Behörden konsolidiert ist, übermittelt die kantonale Zentrale Behörde das Ergebnis (Zustimmung oder keine Zustimmung) entweder unmittelbar den zuständigen Behörden des ersuchenden Staates oder via Zentrale Behörde des Bundes an die Zentrale Behörde des ersuchenden Staates. (Abbildung 3)

6. Unterbringungsentscheid im ersuchenden Staat

Erst bei einer Zustimmung können die zuständigen Behörden des ersuchenden Staates die Platzierungsentscheidung treffen und teilen diese den zuständigen schweizerischen Behörden über die Zentrale Behörden mit. (Abbildung 4)

7. Koordination und Organisation der Platzierung

Sobald der Unterbringungsentscheid getroffen ist, koordiniert die kantonale Zentrale Behörde die Organisation der Platzierung, entweder direkt mit den zuständigen ausländischen Behörden oder über die [ausländische Zentrale Behörde](#). Dies beinhaltet auch die Koordination mit den Migrationsbehörden. (Abbildung 3)

¹⁶ [Weisungen und Erläuterungen des SEM, Ausländerbereich, Ziff. 5.4 ff.](#)

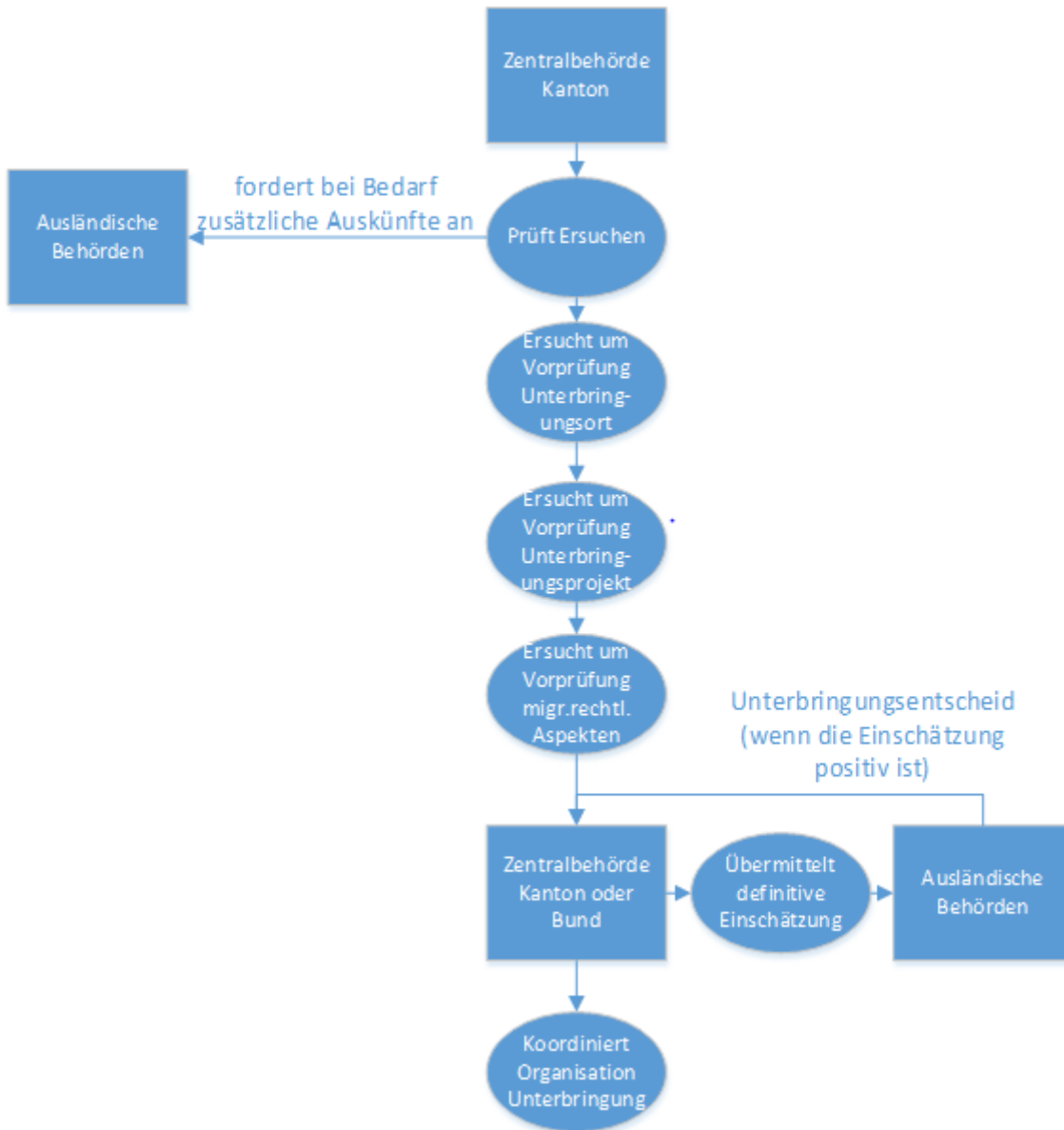


Abbildung 3



Variante a: Wird der Entscheid direkt den für die Unterbringung zuständigen Behörden zugestellt, können diese selbst entscheiden, ob sie bei der Organisation der Unterbringung direkt mit den ausländischen Behörden zusammenarbeiten wollen oder ob sie Unterstützung der [Zentralen Behörde des Kantons](#) beanspruchen möchten.

Variante b: Wird der Entscheid direkt den Migrationsbehörden zugestellt, leiten sie diesen der [Zentralen Behörde des Kantons](#) weiter.

- ➔ NB: Ist das Kind auf unbestimmte Dauer in der Schweiz untergebracht, kann es gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz erlangen, wodurch die Schweizer Behörden für Massnahmen gemäss [HKsÜ](#) zuständig werden (als Folge verlieren die Behörden des Staates des früheren gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes ihre Zuständigkeit automatisch zugunsten der Schweizer Behörden, es gibt keine «perpetuatio fori», vgl. [Artikel 5 ff. HKsÜ](#)). Bei Platzierungen von kurzer oder bestimmter Dauer sind die schweizerischen Behörden hingegen einzig für das Ergreifen dringlicher Schutzmassnahmen zuständig (vgl. [Artikel 11](#) und [12 HKsÜ](#)); für nicht dringliche Massnahmen bleiben die Behörden des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts zuständig.
- ➔ NB2: Bei Problemen oder Komplikationen können sich die Kantons- oder Kommunalbehörden an die [Zentrale Behörde des Bundes](#) und/oder das [SEM](#) wenden, die bei der Suche nach Lösungen behilflich sind.

b. Aus einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ

Da [Artikel 33 HKsÜ](#) nicht anwendbar ist und sofern es keine bi- oder multilaterale zivilrechtliche Grundlage zur Regelung dieser Frage gibt, muss die Person, die die Unterbringung wünscht, die zur Erteilung einer Pflegeplatzbewilligung zuständige schweizerische Behörde gemäss [Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a](#) oder [Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a PAVO](#) konsultieren. Das Verfahren hängt stark vom konkreten Fall ab und muss den Anforderungen des schweizerischen Rechts genügen, namentlich den [Artikeln 6, 8](#) und [8a PAVO](#).



4.1.2. Das Kind befindet sich noch im ersuchenden Staat - Die Schweizer Behörden erhalten eine Unterbringungsverfügung ohne vorgängiges Einwilligungersuchen

a. Aus einem [Vertragsstaat des HKsÜ](#)

Wurden die Schweizer Behörden vor Erlass des Platzierungsentscheids nicht um eine Zustimmung nach [Artikel 33 HKsÜ](#) ersucht, kann die Schweiz – muss aber nicht – die Anerkennung und Vollstreckung des ausländischen Platzierungsentscheids verweigern. ([Artikel 23 Abs. 2 Bst. f HKsÜ](#)). Eine solche Entscheidung kann den schweizerischen Behörden auf unterschiedliche Weise vorgelegt werden, unter anderem über die Zentralen Behörden im Rahmen eines Ersuchens um Zusammenarbeit nach dem HKsÜ, im Rahmen eines Verfahrens vor der KESB oder im Zusammenhang mit einem Antrag auf eine Aufenthaltsgenehmigung oder ein Visum. Den Behörden, die eine derartige Entscheidung erhalten, eröffnen sich verschiedene Möglichkeiten. In den meisten Fällen wird es im Interesse des Kindes liegen, wenn möglich, die in Artikel 33 HKsÜ vorgesehenen Verfahrensschritte nachzuholen. Dieses Verfahren wurde eingeführt, um die von einer Unterbringung betroffenen Kinder so weit wie möglich zu schützen. Das Dossier sollte daher so schnell wie möglich an die [kantonale Zentrale Behörde](#) übermittelt werden, die die [ausländische Zentrale Behörde](#) um einen Bericht über das Kind sowie die Gründe für ihren Vorschlag zur Platzierung ersucht. Die kantonale Zentrale Behörde koordiniert dann die Vorprüfung der schweizerischen Behörden (Unterbringungsort, Projekt und Migrationsrecht). Andernfalls kann das Verfahren wie in [4.1.1.a](#) und in Abbildung 2 und Abbildung 3 oben beschrieben durchgeführt werden. (Abbildung 4)

Aus migrationsrechtlicher Sicht ist in einem solchen Fall vertieft zu prüfen, ob die Voraussetzungen von [Artikel 33 VZAE](#) erfüllt sind und ob die für die Platzierung des Kindes geltend gemachten Gründe nachvollziehbar und objektivierbar sind und nicht eine Umgehung ausländerrechtlicher Bestimmungen (insbesondere der Zulassungsvorschriften) bezweckt wird¹⁷.

Darüber hinaus sollten die für den Entscheid zuständige ausländische Behörde und die [Zentrale Behörde des betreffenden Staates](#) auf die Vorgaben in Artikel 33 HKsÜ hingewiesen werden.

¹⁷ [Weisungen SEM, Ausländerbereich, Ziff. 5.4 ff.](#)

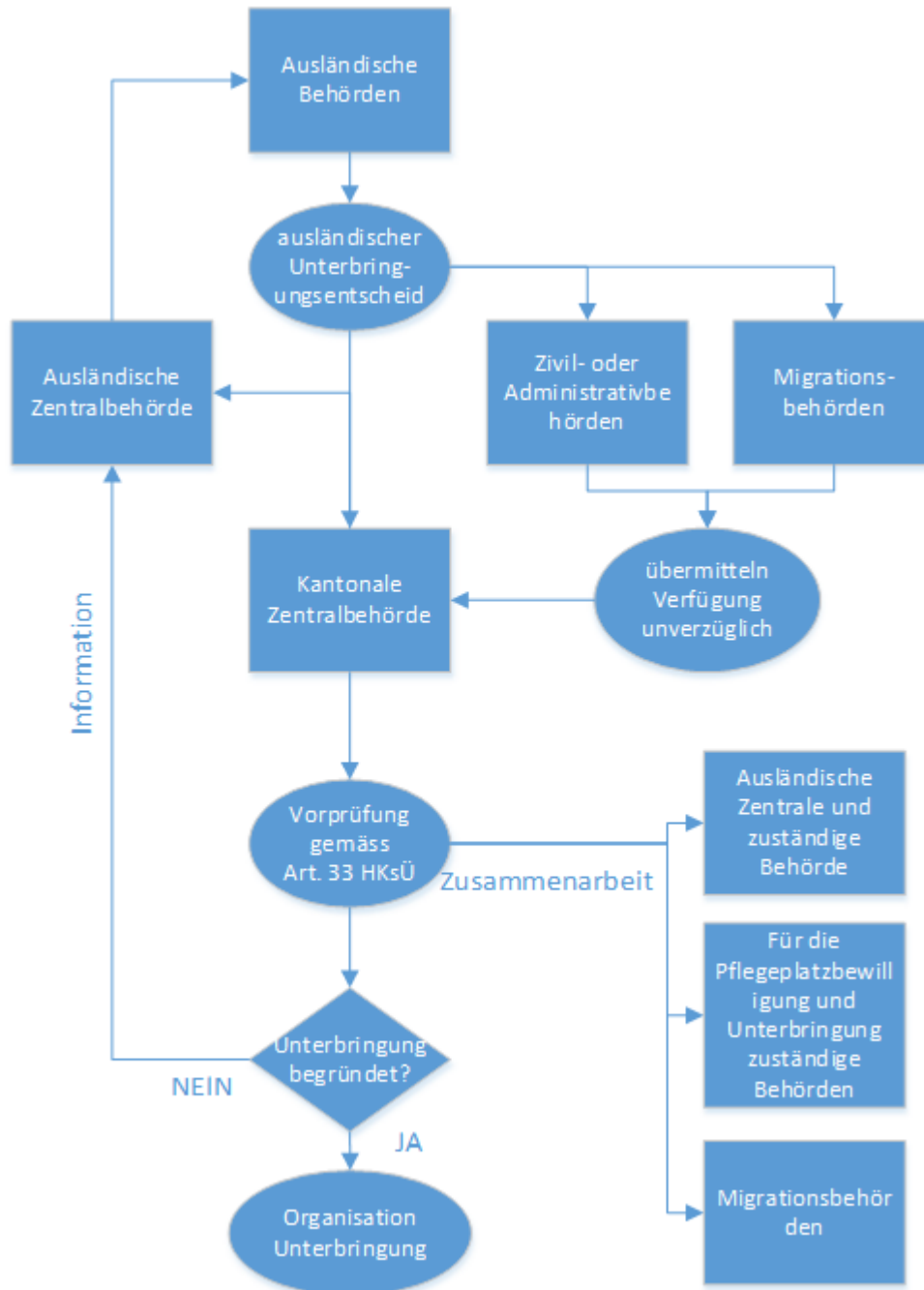


Abbildung 4



- NB: Bei Problemen oder Komplikationen können sich die Kantons- oder Kommunalbehörden an die [Zentrale Behörde des Bundes](#) und/oder das [SEM](#) wenden, die bei der Suche nach Lösungen behilflich sind.

b. Aus einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ

Es gibt verschiedene Fälle, in denen eine Schweizer Behörde mit einer Entscheidung eines Nichtvertragsstaates des HKsÜ betreffend die Unterbringung eines Kindes in der Schweiz konfrontiert sein kann: Am häufigsten ist ein Antrag von der Pflegefamilie an die Migrationsbehörde auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung für das Kind oder die Meldung einer Situation an die zuständigen Kinderschutzbehörden.

Da [Artikel 33 HKsÜ](#) mit Nichtvertragsstaaten des HKsÜ nicht zur Anwendung gelangt und sofern es keine bi- oder multilaterale zivilrechtliche Grundlage zur Regelung dieser Frage gibt, muss die Person, welche die Platzierung in der Schweiz beantragt, die zuständige schweizerische Behörde gemäss [Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a](#) oder [Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a PAVO](#) konsultieren, um eine Pflegeplatzbewilligung zu erhalten. Das Verfahren hängt von der konkreten Situation ab und muss den Anforderungen des Schweizer Rechts, namentlich [Artikel 6](#), [8](#) und [8a](#) entsprechen.

Ist die Massnahme im Staat des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes ergangen oder ist sie dort anerkannt, kann sie grundsätzlich nach [Artikel 85 Absatz 4 IPRG](#) anerkannt werden. Die zuständigen schweizerischen Behörden, die in dem betreffenden Fall angerufen werden, haben die Möglichkeit, den ausländischen Entscheid vorfrageweise anzuerkennen: In jedem Fall ist es ratsam, dass die kantonalen Zivil- oder Verwaltungs- und Migrationsbehörden zusammenarbeiten, um zu prüfen, ob alle Bedingungen des schweizerischen Rechts erfüllt sind, und um eine Lösung zu finden, die den Interessen des Kindes entspricht.

In einem solchen Fall ist vertieft zu prüfen, ob die Voraussetzungen von [Artikel 33 VZAE](#) erfüllt sind und ob die für die Unterbringung des Kindes geltend gemachten Gründe nachvollziehbar und objektivierbar sind und nicht eine Umgehung ausländerrechtlicher Bestimmungen (insbesondere der Zulassungsvorschriften)¹⁸ bezweckt wird.

¹⁸ [Weisungen SEM, Ausländerbereich, Ziff. 5.4 ff.](#)



4.1.3. Freiwillige Unterbringung mit Unterstützung der Behörden

a. Aus einem [Vertragsstaat des HKsÜ](#)

[Artikel 33 HKsÜ](#) findet keine Anwendung bei freiwilligen Unterbringungen, selbst wenn diese auf Empfehlung einer ausländischen Behörde hin erfolgen. Ist ein Kind auf unbestimmte Dauer in der Schweiz untergebracht, kann es gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz erlangen, wodurch die Schweizer Behörden für Massnahmen gemäss HKsÜ zuständig werden (als Folge verlieren die Behörden des Staates des früheren gewöhnlichen Aufenthalts ihre Zuständigkeit automatisch zugunsten der Schweizer Behörden, es gibt keine «perpetuatio fori», vgl. [Artikel 5 ff. HKsÜ](#)). Bei Unterbringungen von kurzer oder bestimmter Dauer sind die schweizerischen Behörden hingegen einzig für das Ergreifen dringlicher Schutzmassnahmen zuständig (vgl. [Artikel 11](#) und [12 HKsÜ](#)); für nicht dringliche Massnahmen bleiben die Behörden des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts zuständig. Die Zusammenarbeit zwischen den (Zivil- und/oder Administrativ- und Migrations-) Behörden der Gemeinde und/oder des Kantons und gegebenenfalls des Bundes wird empfohlen, um eine Lösung im Interesse des Kindeswohls zu finden. Bei Bedarf kann die [Zentrale Behörde des Kantons](#) versuchen, über das HKsÜ die Zusammenarbeit mit den Behörden des Herkunftsstaates des Kindes zu erwirken.

Die Platzierungsvoraussetzungen finden sich in der [Pflegekinderverordnung](#) (die vorgeschriebene Bewilligungspflicht gilt in jedem Fall) und werden in den [Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung](#) behandelt¹⁹. [Artikel 33 VZAE](#) sieht zudem vor, dass Pflegekindern Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden, wenn die zivilrechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Pflegekindern erfüllt sind. Im Bereich des internationalen Kindesschutzes ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Unterbringung des Kindes in der Schweiz ausschliesslich dem Kindeswohl dient und dabei keine anderen – insbesondere migrationsrechtlichen – Erwägungen im Vordergrund stehen²⁰.

¹⁹ Die Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.

²⁰ [Weisungen SEM, Ausländerbereich, Ziff. 5.4 ff.](#)



b. Aus einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ

In solchen Fällen gilt das Schweizer Recht. Hingegen entbehrt die *internationale Zusammenarbeit* einer zivilrechtlichen Grundlage, da der andere Staat das HKsÜ ja nicht ratifiziert hat. Die *Zuständigkeit* der schweizerischen Behörden lässt sich dennoch aus dem HKsÜ ableiten (vgl. [Artikel 85 Absatz 1 IPRG](#)). Ist das Kind auf unbestimmte Dauer in der Schweiz untergebracht, kann es rasch den gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz erlangen und untersteht damit den eidgenössischen und kantonalen Kinderschutzbestimmungen, weil die Behörden des Staates des früheren gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes ihre Zuständigkeit automatisch zugunsten der Schweizer Behörden verlieren ([vgl. Artikel 5 ff. HKsÜ](#), keine «perpetuatio fori»). Hingegen sind bei Unterbringungen von kurzer oder bestimmter Dauer die schweizerischen Behörden für das Ergreifen dringlicher Schutzmassnahmen zuständig (vgl. [Artikel 11 und 12 HKsÜ](#)); für nicht dringliche Massnahmen bleiben die Behörden des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts zuständig. Die Zusammenarbeit zwischen den (Zivil- und/oder Verwaltungs- und Migrations-) Behörden der Gemeinde und/oder des Kantons und gegebenenfalls des Bundes wird empfohlen, um eine Lösung im Interesse des Kindeswohls zu finden.

Die Platzierungsvoraussetzungen finden sich in der [Pflegekinderverordnung](#) (die vorgeschriebene Bewilligungspflicht gilt in jedem Fall) und werden in [den Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung](#) behandelt²¹. Darüber hinaus sieht [Artikel 33 VZAE](#) vor, dass Pflegekindern Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden können, wenn die zivilrechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Pflegekindern erfüllt sind. Im Bereich des internationalen Kindesschutzes ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Unterbringung des Kindes in der Schweiz ausschliesslich dem Kindeswohl dient und dabei keine anderen – insbesondere migrationspolitischen – Erwägungen im Vordergrund stehen²².

²¹ Die Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.

²² [Weisungen SEM, Ausländerbereich, Ziff. 5.4 ff.](#)



4.1.4. Das Kind befindet sich bereits in der Schweiz - «Vollendete Tatsachen»

a. Aus einem [Vertragsstaat des HKsÜ](#)

Wurden die Schweizer Behörden vor Erlass des Platzierungsentscheids nicht um eine Zustimmung nach [Artikel 33 HKsÜ](#) ersucht, kann die Schweiz – muss aber nicht – die Anerkennung und Vollstreckung des ausländischen Platzierungsentscheids verweigern. ([Artikel 23 Abs. 2 Bst. f. HKsÜ](#)). Eine solche Situation kann den schweizerischen Behörden auf unterschiedliche Weise zur Kenntnis gebracht werden, insbesondere im Rahmen eines Ersuchens um Zusammenarbeit gemäss HKsÜ: indem die ausländische Behörde um Informationen über das weitere Vorgehen nach der Vermittlung bittet; im Rahmen eines Verfahrens vor der KESB; oder im Zusammenhang mit einem Ersuchen um eine Aufenthaltsgenehmigung oder ein Visum. In den meisten Fällen wird es im Interesse des Kindes sein, wenn möglich, die in Artikel 33 HKsÜ vorgesehenen Verfahrensschritte nachzuholen. Es sollte geklärt werden, ob die Unterbringung im Interesse des Kindes, und, falls erforderlich, wie die Situation zu regeln ist. Das Dossier sollte daher so rasch wie möglich an die [kantonale Zentrale Behörde](#) übermittelt werden, die die [ausländische Zentrale Behörde](#) um einen Bericht über das Kind und die Gründe für ihren Vorschlag zur Platzierung ersucht und dann die Vorprüfung (Unterbringungsort, Projekt und Migrationsrecht) koordiniert. (Abbildung 4)

In jedem Fall sollten die für den Entscheid zuständige ausländische Behörde und die Zentrale Behörde des betreffenden Staates auf die Vorgaben in Artikel 33 HKsÜ hingewiesen werden.

Auch in einem solchen Fall ist vertieft zu prüfen, ob die Voraussetzungen von [Artikel 33 VZAE](#) erfüllt sind und ob die für die Platzierung des Kindes geltend gemachten Gründe nachvollziehbar und objektivierbar sind und nicht eine Umgehung ausländerrechtlicher Bestimmungen (insbesondere Zulassungsvorschriften) bezweckt wird²³.

Die Platzierungsvoraussetzungen stehen in der [Pflegekinderverordnung](#) (die vorgeschriebene Zustimmungspflicht gilt in jedem Fall) und in Artikel 33 VZAE, und werden in [den Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung](#) behandelt²⁴.

²³ [Weisungen SEM, Ausländerbereich, Ziff. 5.4 ff.](#)

²⁴ Die Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.



Erteilen die kantonalen Behörden einen negativen Entscheid, befindet sich das Kind aber bereits auf schweizerischem Gebiet, so arbeitet die kantonale Zentrale Behörde mit den Behörden des Staates zusammen, die das Kind in der Schweiz untergebracht haben, um eine Lösung im Interesse des Kindes zu finden; je nach den Umständen des Einzelfalles kann dies die Rückführung des Kindes in den Herkunftsstaat oder eine andere Lösung in der Schweiz bewirken. Die Koordination zwischen den verschiedenen beteiligten Behörden ist besonders wichtig. (Abbildung 4)

- ➔ NB: Bei Problemen oder Komplikationen können sich die Kantons- oder Kommunalbehörden an die [Zentrale Behörde des Bundes](#) und/oder das [SEM](#) wenden, die bei der Suche nach Lösungen behilflich sind.
- ➔ NB2: Ist das Kind auf unbestimmte Dauer in der Schweiz untergebracht, kann es gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz erlangen, wodurch die Schweizer Behörden für Massnahmen gemäss HKsÜ zuständig werden (als Folge verlieren die Behörden des Staates des früheren gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes ihre Zuständigkeit automatisch zugunsten der Schweizer Behörden, es gibt keine «perpetuatio fori», [vgl. Artikel 5 ff. HKsÜ](#)). Bei Unterbringungen von kurzer oder bestimmter Dauer sind die schweizerischen Behörden hingegen einzig für das Ergreifen dringlicher Schutzmassnahmen zuständig ([vgl. Artikel 11](#) und [12 HKsÜ](#)); für nicht dringliche Massnahmen bleiben die Behörden des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts zuständig.

b. Aus einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ

In solchen Fällen gilt das Schweizer Recht. Hingegen entbehrt die *internationale Zusammenarbeit* einer zivilrechtlichen Grundlage, da der andere Staat das [HKsÜ](#) ja nicht ratifiziert hat. Die *Zuständigkeit* der schweizerischen Behörden lässt sich dennoch aus dem HKsÜ ableiten ([vgl. Artikel 85 Absatz 1 IPRG](#)). Ist das Kind auf unbestimmte Dauer in der Schweiz untergebracht, kann es rasch gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz erlangen und untersteht damit den nationalen und kantonalen Kinderschutzbestimmungen, weil die Behörden des Staates des früheren gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes ihre Zuständigkeit automatisch zugunsten der Schweizer Behörden verlieren ([vgl. Artikel 5 ff. HKsÜ](#), keine «perpetuatio fori»). Bei Platzierungen von kurzer oder bestimmter Dauer hingegen sind die schweizerischen Behörden für das Ergreifen dringlicher Schutzmassnahmen zuständig ([vgl. Artikel 11](#) und [12 HKsÜ](#)); für nicht dringliche Massnahmen bleiben die Behörden des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts zuständig.



Es gibt verschiedene Fälle, in denen eine Schweizer Behörde mit einem Kind konfrontiert werden kann, das in der Schweiz aufgrund einer Entscheidung eines Nichtvertragsstaates des HKsÜ untergebracht worden ist: Am häufigsten ist ein Antrag durch die Pflegefamilie an die Migrationsbehörde auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung für das Kind oder die Meldung einer solchen Situation an die zuständige Kindesschutzbehörde.

Da [Artikel 33 HKsÜ](#) mit Nichtvertragsstaaten des HKsÜ nicht zur Anwendung gelangt und sofern es keine bi- oder multilaterale zivilrechtliche Grundlage zur Regelung dieser Frage gibt, muss die Person, welche die Unterbringung in der Schweiz beantragt, die zuständige schweizerische Behörde gemäss [Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a](#) oder [Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a](#) PAVO konsultieren, um eine Pflegeplatzbewilligung zu erhalten. Das Verfahren hängt von der konkreten Situation ab und muss den Anforderungen des Schweizer Rechts genügen, namentlich den [Artikel 6, 8](#) und [8a](#) PAVO.

Die Platzierungsvoraussetzungen stehen in der [Pflegekinderverordnung](#) (die vorgeschriebene Zustimmungspflicht gilt in jedem Fall) sowie in [Artikel 33 VZAE](#) und werden in [den Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung](#) behandelt²⁵.

Ist die Massnahme im Staat des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes getroffen worden oder wird sie dort anerkannt, kann sie grundsätzlich nach [Artikel 85 Absatz 4 IPRG](#) anerkannt werden. Die zuständigen schweizerischen Behörden, die in dem betreffenden Fall angerufen werden, haben die Möglichkeit, den ausländischen Entscheid vorfrageweise anzuerkennen: In jedem Fall ist es ratsam, dass die kantonalen Zivil- oder Verwaltungs- und Migrationsbehörden zusammenarbeiten um zu prüfen, ob alle Bedingungen des schweizerischen Rechts erfüllt sind, sowie um eine Lösung zu finden, die dem Interesse des Kindes entspricht.

Auch in einem solchen Fall ist vertieft zu prüfen, ob die Voraussetzungen von Artikel 33 VZAE eingehalten sind und ob die für die Unterbringung des Kindes geltend gemachten Gründe nachvollziehbar und objektivierbar sind und nicht eine Umgehung ausländerrechtlicher Bestimmungen (insbesondere der Zulassungsvorschriften) bezweckt wird.²⁶

²⁵ Die Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.

²⁶ [Weisungen SEM, Ausländerbereich, Ziff. 5.4 ff.](#)



4.2. Ausgehende Fälle

4.2.1. Das Kind befindet sich noch in der Schweiz - Korrektes Verfahren (mit vorgängigem Zustimmungsgesuch)

a. Mit einem [Vertragsstaat des HKsÜ](#)

1. Prüfung Anforderungen des Schweizer Rechts

Erwägt die zuständige schweizerische Behörde eine Unterbringung in einem Vertragsstaat des [HKsÜ](#), so vergewissert sie sich, dass die Anforderungen des Schweizer Rechts und insbesondere der [Pflegekinderverordnung](#) erfüllt sind. (Abbildung 5)

Wird ein ausländisches Kind mit Wohnsitz in der Schweiz im Ausland untergebracht, ist zu beachten, dass dessen Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz nach einem Auslandsaufenthalt von sechs Monaten erlischt. Besitzt es die Niederlassungsbewilligung, kann diese mit Einverständnis der zuständigen kantonalen Migrationsbehörde für höchstens vier Jahre aufrechterhalten werden, wenn das Gesuch innerhalb von sechs Monaten nach der Ausreise gestellt wird ([Artikel 61 Absatz 2 AIG](#)).

2. Antrag nach Artikel 33 HKsÜ

Die für den Platzierungsentscheid zuständige Schweizer Behörde erstellt ein [Ersuchen](#) nach Artikel [33 HKsÜ](#)²⁷ mit einem Bericht über das Kind sowie der Begründung der geplanten Platzierung. Sie übermittelt das Ersuchen der [Zentralen Behörde des Kantons](#), die die Weiterleitung an die Behörden des ersuchten Staates übernimmt. (Abbildung 5)

Variante: Grundsätzlich kann die für den Unterbringungsentscheid zuständige Behörde das Ersuchen direkt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates übermitteln und ohne Umweg über die Zentralen Behörden mit dieser zusammenarbeiten. In diesem Fall informiert sie die [Zentrale Behörde des Kantons](#).

3. Platzierungsentscheid

Bei einer Zustimmung der zuständigen Behörden des ersuchten Staates kann die zuständige Schweizer Behörde die Unterbringung verfügen und ihren Entscheid der [Zentralen Behörde](#)

²⁷ Sie finden das entsprechende Formular auf der Webseite der Zentralen Behörde des Bundes: <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/kinderschutz/platzierungen.html>.



[des Kantons](#) mitteilen, die ihrerseits die zuständigen ausländischen Behörden informiert. (Abbildung 5)

4. Organisation Platzierung

Bei Bedarf stellen die Zentralen Behörden den Kontakt zwischen den zuständigen Behörden der beiden Staaten her, damit diese die Unterbringung organisieren können. (Abbildung 5)

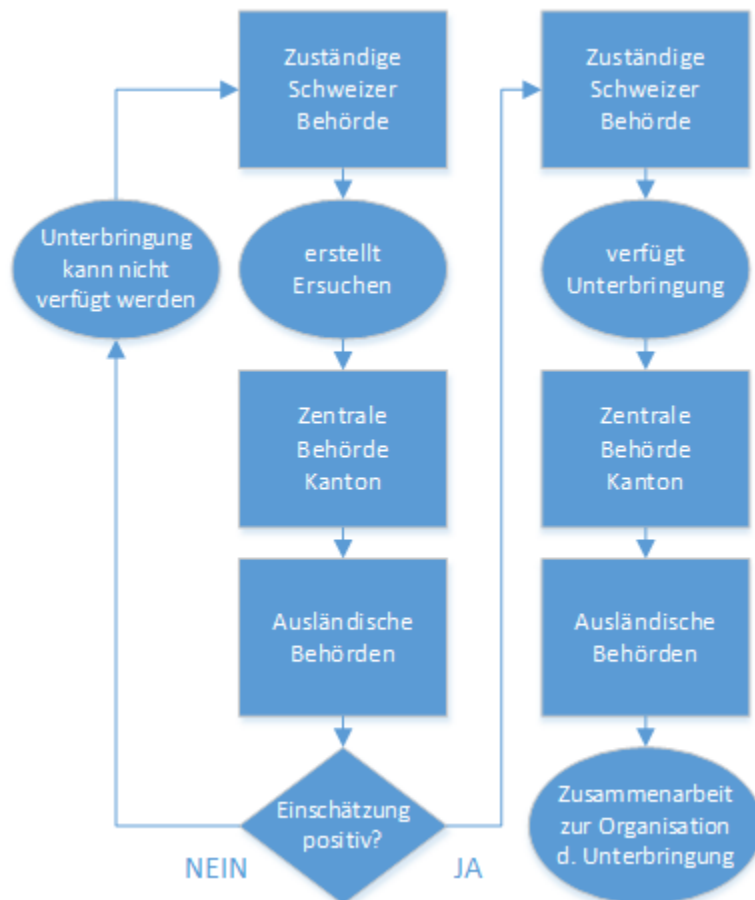


Abbildung 5

- ➔ NB: Bei Problemen oder Komplikationen können sich die Kantons- und Kommunalbehörden an die [Zentrale Behörde des Bundes](#) und/oder das [SEM](#) wenden, die bei der Suche nach Lösungen behilflich sind.



b. Mit einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ

Es gibt keine internationale Rechtsgrundlage für Unterbringungen in Nicht-Vertragsstaaten des HKsÜ. Die schweizerische Behörde, die eine solche Platzierung in Erwägung zieht, hat sich zu vergewissern, dass die Anforderungen des Schweizer Rechts und insbesondere der [Pflegekinderverordnung](#) erfüllt sind und dass die geltenden Rechtsvorschriften im Nicht-Vertragsstaat eingehalten werden.

Wird ein ausländisches Kind mit Wohnsitz in der Schweiz im Ausland untergebracht, ist zu beachten, dass dessen Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz nach einem Auslandsaufenthalt von sechs Monaten erlischt. Besitzt es die Niederlassungsbewilligung, kann diese mit Einverständnis der zuständigen kantonalen Migrationsbehörde für höchstens vier Jahre aufrechterhalten werden, wenn das Gesuch innerhalb von sechs Monaten nach der Ausreise gestellt wird ([Artikel 61 Absatz 2 AIG](#)).

4.2.2. «Vollendete Tatsachen» - Der Unterbringungsentscheid ist bereits ergangen und/oder das Kind ist bereits im anderen Staat untergebracht

a. In einem [Vertragsstaat des HKsÜ](#)

Wurden die zuständigen Behörden des Unterbringungsstaates vor Erlass und/oder Vollstreckung des Unterbringungsentscheides nicht um eine Einschätzung nach [Artikel 33 HKsÜ](#) ersucht, können die zuständigen ausländischen Behörden die Anerkennung des Entscheides verweigern – sie sind aber nicht dazu verpflichtet ([Artikel 23 Abs. 2 Bst. f HKsÜ](#)). Die zuständigen Behörden des Unterbringungsstaates können entscheiden, ob unter Berücksichtigung des Einzelfalls die Angaben im Entscheid zur Begründung der Unterbringung ausreichen und ob es demnach möglich und angezeigt ist, die Verfahrensschritte von Artikel 33 HKsÜ nachzuholen (in Zusammenarbeit mit den zuständigen schweizerischen Behörden gestützt auf diese Bestimmung und das HKsÜ im Allgemeinen).

Wird ein ausländisches Kind mit Wohnsitz in der Schweiz im Ausland untergebracht, ist zu beachten, dass dessen Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz nach einem Auslandsaufenthalt von sechs Monaten erlischt. Besitzt es die Niederlassungsbewilligung, kann diese mit Einverständnis der kantonalen Migrationsbehörde für höchstens vier Jahre aufrechterhalten werden, wenn das Gesuch innerhalb von sechs Monaten nach der Ausreise gestellt wird ([Artikel 61 Absatz 2 AIG](#)).



- ➔ NB: Dieser Fall dürfte gar nie eintreten, denn die [Pflegekinderverordnung](#) und Artikel 33 HKsÜ sind zwingend einzuhalten.
- ➔ NB2: Bei Problemen oder Komplikationen können sich die Kantons- und Kommunalbehörden an die [Zentrale Behörde des Bundes](#) und/oder das [SEM](#) wenden, die bei der Suche nach Lösungen behilflich sind.

b. In einem Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ

Es gibt keine internationale Rechtsgrundlage für Unterbringungen in Nicht-Vertragsstaaten des HKsÜ. Die schweizerische Behörde, die eine solche Unterbringung in Erwägung zieht, hat sich jedoch zu vergewissern, dass die Anforderungen des Schweizer Rechts und insbesondere der [Pflegekinderverordnung](#) erfüllt sind und dass die Rechtsvorschriften im Unterbringungsstaat respektiert werden. Eine Unterbringung im Ausland, bei der die rechtlichen Bestimmungen des betreffenden Staates nicht eingehalten werden, kann schwerwiegende Folgen nach sich ziehen (vgl. [Ziff. 3.4.](#) weiter oben).

Die Schweizer Behörden haben keinen klar definierten Partner, der im Rahmen einer Platzierung im Ausland Auskunft geben oder mit ihnen zusammenarbeiten könnte. Für die Abklärung des Pflegeplatzes im Ausland gelten die allgemeinen Regeln der internationalen Rechtshilfe bei der Beweisaufnahme im Ausland²⁸. Die Botschaft des betreffenden Landes in der Schweiz und der Internationale Sozialdienst können bei Bedarf nützliche Informationen liefern.

Wird ein ausländisches Kind mit Wohnsitz in der Schweiz im Ausland untergebracht, ist zu beachten, dass dessen Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz nach einem Auslandsaufenthalt von sechs Monaten erlischt. Besitzt es die Niederlassungsbewilligung, kann diese mit Einverständnis der zuständigen kantonalen Migrationsbehörde für höchstens vier Jahre aufrechterhalten werden, wenn das Gesuch innerhalb von sechs Monaten nach der Ausreise gestellt wird ([Artikel 61 Absatz 2 AIG](#)).

²⁸ [S.auch den Rechtshilfeführer des BJ.](#)



4.2.3. Freiwillige Unterbringung mit Unterstützung der Behörden

a. In einen [Vertragsstaat des HKsÜ](#)

Artikel 33 HKsÜ findet keine Anwendung bei freiwilligen Unterbringungen, selbst wenn diese auf Empfehlung einer schweizerischen Behörde erfolgen. Ist ein Kind bereits auf unbestimmte Dauer im Ausland untergebracht, kann es gewöhnlichen Aufenthalt im betreffenden Land erlangen und untersteht damit den ausländischen Bestimmungen im Bereich Unterbringung und Kinderschutz, da die Schweizer Behörden automatisch ihre Zuständigkeit zugunsten der Behörden des Staates des neuen gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes verlieren (vgl. Artikel 5 ff. HKsÜ, keine «perpetuatio fori»). Bei Unterbringungen von kurzer oder bestimmter Dauer sind die ausländischen Behörden hingegen einzig für das Ergreifen dringlicher Schutzmassnahmen zuständig (vgl. Artikel 11 und 12 HKsÜ); für nicht dringliche Massnahmen bleiben die Behörden der Schweiz als Staat des gewöhnlichen Aufenthalts zuständig.

Berät oder betreut eine schweizerische Behörde eine Familie, die für ihr Kind eine Unterbringung im Ausland erwägt, so sollte sie die Eltern darauf aufmerksam machen, dass – wie bei einer behördlich angeordneten Unterbringung auch – die in- und ausländischen Rechtsvorschriften zu respektieren sind, namentlich die Pflegekinderverordnung. Wenn die Behörde eine Unterbringung als notwendig erachtet, müsste sie die PAVO, insbesondere Art. 2a Abs. 1, analog anwenden, auch wenn sie entscheidet, keine behördliche Verfügung zu erlassen (s. Ziffer 3.3 oben). Bei Bedarf kann die Zentrale Behörde des Kantons versuchen, über das HKsÜ die Zusammenarbeit mit den Behörden des Unterbringungsstaates zu erwirken.

Wurde ein ausländisches Kind mit Wohnsitz in der Schweiz im Ausland untergebracht, ist zu beachten, dass dessen Aufenthaltsbewilligung nach einem Auslandsaufenthalt von sechs Monaten erlischt. Besitzt es die Niederlassungsbewilligung, kann diese mit Einverständnis der zuständigen kantonalen Migrationsbehörde für höchstens vier Jahre aufrechterhalten werden, wenn das Gesuch innerhalb von sechs Monaten nach der Ausreise gestellt wird (Artikel 61 Absatz 2 AIG).



b. In einen Nicht-Vertragsstaat des HKsÜ

In solchen Fällen entbehrt die internationale Zusammenarbeit einer zivilrechtlichen Grundlage. Ist ein Kind im Ausland untergebracht, kann es einen neuen gewöhnlichen Aufenthalt im betreffenden Land erlangen und damit den ausländischen Bestimmungen im Bereich Unterbringung und Kinderschutz unterstehen; es kann aber auch sein, dass die Gesetze des betreffenden Staates gänzlich von den unsrigen abweichen und vorsehen, dass alle Kinder in seinem Hoheitsgebiet seinem Recht unterstellt sind. Daher ist es unerlässlich, sich im Voraus über die Anforderungen des ausländischen Rechts zu informieren.

Berät oder betreut eine schweizerische Behörde eine Familie, die für ihr Kind eine Unterbringung im Ausland erwägt, so sollte sie die Eltern darauf aufmerksam machen, dass – wie bei einer behördlich angeordneten Unterbringung auch – die in- und ausländischen Rechtsvorschriften zu respektieren sind, namentlich die [Pflegekinderverordnung](#). Wenn die Behörde eine Unterbringung als notwendig erachtet, müsste sie die PAVO, insbesondere [Art. 2a Abs. 1](#), analog anwenden, auch wenn sie entscheidet, keine behördliche Verfügung zu erlassen (s. [Ziffer 3.3](#) oben).

Wird ein ausländisches Kind mit Wohnsitz in der Schweiz im Ausland untergebracht, ist zu beachten, dass dessen Aufenthaltsbewilligung nach einem Auslandsaufenthalt von sechs Monaten erlischt. Besitzt es die Niederlassungsbewilligung, kann diese mit Einverständnis der zuständigen kantonalen Migrationsbehörde für höchstens vier Jahre aufrechterhalten werden, wenn das Gesuch innerhalb von sechs Monaten nach der Ausreise gestellt wird ([Artikel 61 Absatz 2 AIG](#)).



5. Verfahrensfragen

5.1. Verfahrenskosten

Nach Massgabe von [Artikel 38 Absatz 1 HKsÜ](#) tragen die Zentralen Behörden und die anderen Verwaltungsbehörden – mit Ausnahme der Gerichte – grundsätzlich die Kosten, die ihnen durch die Anwendung von [Artikel 33](#) entstehen. Ausgenommen sind Gerichts- und Verfahrenskosten, namentlich Anwaltskosten. Eingeschlossen sind hingegen die Kosten für Korrespondenz und Übermittlung, für das Einholen von Auskünften über ein Kind und das Ermitteln seines Aufenthaltsortes, für eine Mediation oder eine andere Methode zur einvernehmlichen Lösung sowie die Kosten für die Umsetzung der in einem anderen Vertragsstaat angeordneten Massnahmen, insbesondere von Platzierungsmassnahmen²⁹. Allerdings räumt Artikel 38 Absatz 1 HKsÜ den Behörden das Recht ein, für die erbrachten Dienstleistungen angemessene Kosten zu verlangen. Diese Forderungen sollten mit einer gewissen Zurückhaltung erfolgen, und die Behörden sollten diese Kosten bereits im Vorfeld klar aufzeigen. Es gilt, das Kindeswohl zu berücksichtigen und zu vermeiden, dass das Ergreifen oder die Anerkennung einer Schutzmassnahme einzig aus Kostengründen scheitert; es empfiehlt sich entsprechend, diese Frage vorgängig mit den Behörden des anderen Staates zu klären³⁰.

5.2. Kommunikationssprachen, Übersetzungen

Auslandplatzierungen von Kindern bedürfen der Kommunikation und der Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden. [Artikel 54 HKsÜ](#) regelt die Fragen zur Kommunikationssprache: Mitteilungen werden in der Originalsprache zugesandt, zusammen mit einer Übersetzung in die Amtssprache des ersuchten Staates, oder, wenn eine solche Übersetzung nur schwer erhältlich ist, mit einer Übersetzung ins Französische oder Englische. [Artikel 60 HKsÜ](#) ermöglicht allerdings einen

²⁹ Die Zuständigkeit für die Finanzierung für Unterbringungsmassnahmen richtet sich wie bei nationalen Unterbringungen nach kantonalem Recht.

³⁰ Ferner zur Kostenfrage s. Kapitel 8.5. der Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung. Die Empfehlungen sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.



Vorbehalt gegen die Verwendung der französischen oder englischen Sprache³¹. Folgende Punkte sind bei der Kommunikation mit den ausländischen Behörden unter anderem zu beachten:

- Die Kommunikation mit den Zentralen Behörden: in der Regel auf Französisch oder Englisch. Gewisse Zentrale Behörden können sogar Übersetzungsdienste erbringen.
- Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden eines anderen Staates: Bedarf es der Zusammenarbeit, ist eine Übersetzung in die Amtssprache des betreffenden Staates unumgänglich.
- Die Übersetzungskosten gehen zu Lasten der ersuchenden Behörde.

Im konkreten Einzelfall empfiehlt es sich, vorgängig bei der [Zentralen Behörde des Kantons](#) Informationen einzuholen.

³¹ [Aktualisierte Liste der Staaten, die einen solchen Vorbehalt angebracht haben](#) (auf der Webseite der Haager Konferenz).



6. Hilfreiche Links

[Zentrale Behörde Bund:](#)

Bundesamt für Justiz, Fachbereich Internationales Privatrecht

Webseite: www.bj.admin.ch > Gesellschaft > Internationaler Kinderschutz

E-mail : kindesschutz@bj.admin.ch

Tel. : 058 463 88 64

[Zentrale Behörden Kantone, Adressen](#)

[Staatssekretariat für Migration](#) (SEM):

Direktionsbereich Zuwanderung und Integration, Abteilung Zulassung Aufenthalt

E-Mail: aufenthalt@sem.admin.ch

Tel.: 058 465 11 11

Weiterführende Informationen zum Haager Kindesschutzübereinkommen, wie zum Beispiel die Vertragsstaaten, die zuständigen Behörden, allfällige Vorbehalte, etc., finden Sie auf der

[Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht](http://www.hcch.net): www.hcch.net.

Die Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren ([SODK](#)) und der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz ([KOKES](#)) zur ausserfamiliären Unterbringung sind auf der Webseite der SODK <https://www.sodk.ch/de/themen/kinder-und-jugend/ausserfamiliare-platzierung-von-kindern/> und der KOKES <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/platzierung> abrufbar.



Aide-mémoire sur le placement international d'enfant à des fins de protection

Table des matières

1.	Introduction	3
2.	Remarque préliminaire : comment utiliser l'aide-mémoire	4
3.	Informations générales	4
3.1.	Cas de figure: cas entrants et cas sortants	4
3.2.	Bases légales	4
3.2.1.	OPE	4
3.2.2.	CLaH 96	5
3.2.3.	LDIP	6
3.2.4.	Droit des étrangers	6
3.3.	Placement volontaire	7
3.4.	Conséquences du non-respect des règles sur le placement international	7
4.	Placement international d'enfant: procédure	8
4.1.	Cas en entrée	8
4.1.1.	L'enfant est encore dans l'État requérant – Une autorité étrangère demande à l'avance l'accord des autorités suisses compétentes	8
a.	En provenance d'un État contractant à la CLaH 96	8
b.	En provenance d'un État non contractant à la CLaH 96	14
4.1.2.	L'enfant est encore dans l'État requérant – Les autorités suisses reçoivent une décision de placement sans qu'on ait préalablement demandé leur accord	15
a.	En provenance d'un État contractant à la CLaH 96	15
b.	En provenance d'un État non contractant à la CLaH 96	17
4.1.3.	Placement « volontaire avec aide des autorités »	18
a.	En provenance d'un État contractant à la CLaH 96	18
b.	En provenance d'un État non contractant à la CLaH 96	19
4.1.4.	L'enfant est déjà en Suisse – cas « fait accompli »	20
a.	En provenance d'un État contractant à la CLaH 96	20
b.	En provenance d'un État non contractant à la CLaH 96	21
4.2.	Cas en sortie	23
4.2.1.	L'enfant se trouve encore en Suisse – Demande préalable d'autorisation (procédure correcte)	23
a.	Avec un État contractant à la CLaH 96	23
b.	Avec un État non contractant à la CLaH 96	25



4.2.2.	Cas « fait accompli » – La décision de placement a déjà été prise et/ou l'enfant est déjà placé dans l'autre État	25
a.	Dans un État contractant à la CLaH 96	25
b.	Dans un État non contractant à la CLaH 96	26
4.2.3.	Placement « volontaire avec aide des autorités »	27
a.	Dans un État contractant à la CLaH 96	27
b.	Dans un État non contractant à la CLaH 96	28
5.	Questions procédurales	29
5.1.	Frais de procédure	29
5.2.	Langues de communication, traductions	29
6.	Liens utiles	31



1. Introduction

Cet aide-mémoire énonce le rôle des autorités compétentes (administratives ou judiciaires) et les fonctions qui leur sont dévolues selon les bases légales applicables en matière de placement international d'enfants à des fins de protection¹. Il illustre tout particulièrement le fonctionnement et l'application de l'art. 33 de la [Convention de La Haye de 1996 sur la protection des enfants](#)² et son articulation avec l'[Ordonnance sur le placement d'enfants](#)³. Ces instruments prévoyant, à un moment ou à un autre, l'implication aussi bien des autorités civiles et/ou administratives que migratoires communales, cantonales et/ou fédérales, la coordination entre celles-ci est fondamentale afin d'en assurer la mise en œuvre efficace et conforme au bien de l'enfant. L'[Autorité centrale de votre canton pour l'application de la CLaH 96](#), qui est votre principal interlocuteur, ainsi que l'[Autorité centrale fédérale](#)⁴ et le [Secrétariat d'Etat aux migrations \(SEM\)](#) se tiennent volontiers à disposition pour tout renseignement complémentaire.

Il est en outre renvoyé aux [Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial](#).⁵

L'aide-mémoire s'adresse à toutes les autorités, cantonales et communales, civiles, administratives et migratoires, appelées à intervenir en cas de placement d'enfant depuis ou vers l'étranger et n'abordera que les *aspects de droit civil* des placements. Cependant, une partie non négligeable des placements internationaux de ou vers la Suisse sont prononcés par des autorités pénales. En vertu du son [art. 4 let. i](#), la [CLaH 96](#) n'est jamais applicable aux mesures prises en conséquence d'infractions pénales commises par des enfants, tandis que l'OPE reste applicable.⁶

¹ Le présent aide-mémoire ne couvre pas les placements en vue d'adoption, qui sont régis par d'autres bases légales et soumis à de procédures spécifiques (cf. www.adoption.admin.ch).

² Convention du 19 octobre 1996 concernant la compétence, la loi applicable, la reconnaissance, l'exécution et la coopération en matière de responsabilité parentale et de mesures de protection des enfants (CLaH 96, RS 0.211.231.011).

³ Ordonnance du 19 octobre 1977 sur le placement d'enfants (OPE, RS 211.222.338).

⁴ L'Office fédéral de la justice (OFJ) a été désigné comme Autorité centrale fédérale, cf. [art. 1 LF-EEA](#).

⁵ Vous trouvez les Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

⁶ Cf. chapitre 2.3 des Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial, que vous trouvez sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.



2. Remarque préliminaire : comment utiliser l'aide-mémoire

Ci-dessous sont décrites les étapes essentielles de la procédure selon les principaux cas de figure. Pour une meilleure vue d'ensemble et afin de permettre de trouver toutes les réponses concernant un certain cas de figure au chapitre qui lui est dédié, nous avons décrit les étapes principales de la procédure dans chaque chapitre. Cela entraîne forcément un certain nombre de répétitions dans le texte, mais permet la consultation ciblée d'un cas de figure et l'accès direct aux informations recherchées.

Il est recommandé que chaque canton détermine la procédure exacte à suivre et les autorités compétentes dans son canton sur la base des indications contenues dans cet aide-mémoire et des [Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial](#).⁷

3. Informations générales

3.1. Cas de figure: cas entrants et cas sortants

Les cas de placement international d'enfant se divisent en deux grandes catégories : les cas en entrée – dans lesquels l'enfant résidant à l'étranger doit être placé en Suisse – et les cas en sortie – dans lesquels l'enfant résidant en Suisse doit être placé à l'étranger. En outre, la procédure change selon que l'État avec lequel on collabore [a ratifié la CLaH 96](#) ou non.

3.2. Bases légales

Suivant le cas dans lequel on se trouve, outre bien entendu aux dispositions pertinentes du [Code civil](#), les bases légales suivantes sont à respecter :

3.2.1. OPE

L'[OPE](#) est applicable dans les deux typologies de cas, indépendamment de l'État de provenance ou dans lequel doit être placé l'enfant : les dispositions pertinentes sont [l'art. 2a](#) qui concerne le placement d'un enfant à l'étranger et les [art. 6](#) et [6b](#) sur le placement d'enfants étrangers ayant vécu jusqu'alors à l'étranger. Le placement d'enfants suisses ayant vécu jusqu'alors à l'étranger

⁷ Vous trouvez les Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.



ne nécessite pas de conditions supplémentaires telles que celles de [l'art. 6](#) et tombe par conséquent sous le coup des dispositions générales des [art. 4](#) et [5](#).

3.2.2 CLaH 96

La [CLaH 96](#), tout particulièrement son [art. 33](#)⁸, est applicable dans les rapports avec les [États contractants](#), aussi bien dans les cas entrants que dans les cas sortants. Cela signifie que dans les rapports avec des États qui n'ont pas ratifié la CLaH 96, son art. 33 ne s'applique pas, contrairement à l'OPE, qui s'applique dans tous les cas.

L'art. 33 CLaH 96 institue une procédure de consultation obligatoire de l'État d'accueil. Il est important d'utiliser cette phase pour régler toutes les questions qui pourraient poser problème⁹.

[Le rapport explicatif de la CLaH 96](#) souligne que la consultation donne un pouvoir de contrôle sur la décision à l'autorité de l'Etat d'accueil et permet de régler par avance les conditions de séjour de l'enfant dans l'Etat d'accueil, notamment au regard des lois sur l'immigration en vigueur dans cet Etat, ou encore la répartition des frais occasionnés par l'exécution de la mesure de placement. Le non-respect de la procédure prévue à l'art. 33 est potentiellement nuisible au bien de l'enfant et peut entraîner la non-reconnaissance de la décision de placement : il est possible de permettre le rattrapage des étapes qui auraient été sautées, mais on n'est pas tenu de le faire.

Il est important de souligner que la CLaH 96 ne précise ni quelle est la procédure exacte à suivre au sein de l'État d'accueil, ni quelle autorité est compétente pour quelle tâche. La [LF-EEA](#)¹⁰ prévoit à son [art. 2 al. 2](#) que les autorités centrales cantonales exercent les attributions que la CLaH 96 confère aux autorités centrales ; pour le reste, la procédure de consultation doit être déterminée (et coordonnée) au niveau cantonal.

⁸ L'article 33 a la teneur suivante « (1.) Lorsque l'autorité compétente en vertu des art. 5 à 10 envisage le placement de l'enfant dans une famille d'accueil ou dans un établissement, ou son recueil légal par kafala ou par une institution analogue, et que ce placement ou ce recueil aura lieu dans un autre Etat contractant, elle consulte au préalable l'Autorité centrale ou une autre autorité compétente de ce dernier Etat. Elle lui communique à cet effet un rapport sur l'enfant et les motifs de sa proposition sur le placement ou le recueil. (2.) La décision sur le placement ou le recueil ne peut être prise dans l'Etat requérant que si l'Autorité centrale ou une autre autorité compétente de l'Etat requis a approuvé ce placement ou ce recueil, compte tenu de l'intérêt supérieur de l'enfant. »

⁹ Pour des approfondissements et exemples, v. le [Manuel pratique sur le fonctionnement de la Convention de La Haye de 1996 sur la protection des enfants](#).

¹⁰ Loi fédérale sur l'enlèvement international d'enfants et les Conventions de La Haye sur la protection des enfants et des adultes (RS 211.222.32).



3.2.3. LDIP

La [LDIP](#)¹¹, notamment son [art. 85 al. 4](#), selon lequel les mesures ordonnées dans un État qui n'est pas partie à la [CLaH 96](#) sont reconnues si elles ont été ordonnées ou si elles sont reconnues dans l'Etat de la résidence habituelle de l'enfant, est en principe applicable dans les situations dans lesquelles la CLaH 96 n'est pas applicable. La reconnaissance des mesures prises à l'étranger se fera aux conditions des [art. 25 ss LDIP](#). En vertu de [l'art. 85 al. 3 LDIP](#), la compétence subsidiaire des autorités suisses est en outre donnée lorsque la protection d'une personne ou de ses biens l'exige.

3.2.4. Droit des étrangers

En vertu de [l'art. 30 al. 1 let. c LEI](#)¹², il est possible de déroger aux conditions d'admission ordinaires ([art. 18 à 29](#)) dans le but de régler le séjour des enfants placés. [L'art. 33 OASA](#)¹³ prévoit que des autorisations de séjour peuvent être accordées à des enfants placés si les conditions auxquelles le code civil soumet l'accueil de ces enfants sont remplies. Selon [l'art. 48 LEI](#), un enfant placé a en outre droit à l'octroi d'une autorisation de séjour si son adoption en Suisse est prévue et si les conditions de droit civil (dans le cas d'une famille d'accueil, il faudra notamment que leur aptitude ait été vérifiée) et des étrangers sont remplies. Ce droit subsiste ensuite même lorsque l'adoption n'aboutit pas. Il faut en outre prendre en considération la jurisprudence et la pratique concernant [l'art. 8 CEDH](#)¹⁴ (droit au respect de la vie privée et familiale).

Le [SEM](#) est la dernière instance amenée à se prononcer concernant l'autorisation de séjour et il garde ses prérogatives fondées sur la [LEI](#) et [l'OASA](#) ainsi que sur la jurisprudence qui en découle, de sorte qu'un préavis positif d'une autorité civile cantonale n'implique pas automatiquement l'octroi d'une autorisation de séjour.

Il est important de souligner que [l'ALCP](#)¹⁵ ne contient pas de dispositions réglementant le placement international d'enfants, mais que tous les États UE/AELE ont ratifié la CLaH 96 ; en cas de

¹¹ Loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé (RS 291).

¹² Loi fédérale du 15 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration (RS 142.20).

¹³ Ordonnance du 24 octobre 2007 relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (RS 142.201).

¹⁴ Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 (RS 0.101).

¹⁵ Accord du 21 juin 1999 entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses États membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes (RS 0.142.112.681).



placement en Suisse d'un enfant résidant dans un État UE/AELE, comme pour tous les États ayant ratifié la CLaH 96 la base légale internationale pertinente est la CLaH 96.

3.3. Placement volontaire

En cas de *placement volontaire*, donc en l'absence d'une décision de placement de l'autorité compétente, [l'art. 33 CLaH 96](#) ne s'applique pas. Toutefois, il est clair que dans tous les cas les parents doivent respecter la législation en vigueur dans l'État dans lequel ils entendent placer leur enfant, et que si des autorités suisses sont activement impliquées d'une manière ou d'une autre celles-ci doivent les y rendre attentifs.

Dans la pratique, une autorité est souvent impliquée, mais pour une raison ou pour une autre (par égard envers les parents, ou parce que cela permet d'obtenir une meilleure coopération) celle-ci décide de ne pas rendre de décision officielle et le placement a donc lieu de manière « volontaire ». Dans la mesure où [l'OPE](#) est applicable aux placements qui n'ont pas été ordonnés par une autorité, ses dispositions sont à respecter. En outre, l'autorité impliquée – la plupart du temps il s'agira d'une autorité de protection, mais il peut aussi s'agir d'une autre autorité – connaît les exigences légales et sait que ces règles ont été adoptées afin de préserver l'intérêt de l'enfant : si elle estime qu'un placement est nécessaire mais qu'elle décide de ne pas rendre de décision, il y aurait lieu d'appliquer les dispositions de [l'OPE](#), y compris son art. [2a al. 1](#) par analogie. Le respect de cette disposition garantit en effet la prise en considération non seulement du bien de l'enfant, mais également des exigences du droit de l'État du placement.

En outre, le placement volontaire d'un enfant de l'étranger en Suisse ou de Suisse à l'étranger doit satisfaire aux exigences du droit des étrangers du pays dans lequel l'enfant va être placé. En particulier, une autorisation d'entrée et/ou de séjour doit être requise avant la venue de l'enfant en Suisse, respectivement le déplacement de l'enfant à l'étranger. De plus, avant la venue de l'enfant en Suisse il faudra aussi demander une autorisation sur la base de [l'art. 6 OPE](#).

3.4. Conséquences du non-respect des règles sur le placement international

Les conséquences du non-respect des règles suisses, étrangères et internationales concernant le placement international d'enfant peuvent être graves :

- Mise en danger de l'enfant

Des cas d'enfants maltraités, hébergés dans des conditions insalubres, non scolarisés correctement, résidant à l'étranger sans représentant légal et sans permis de séjour sont connus.



- Implication des enfants dans des actes punissables

Surtout dans le cadre de placement à l'étranger d'enfants « problématiques », il est arrivé que les mineurs commettent, dans le pays où ils sont placés, des actes punissables par la loi du pays en question. Les conséquences (surtout les mesures) ne correspondent pas forcément à la justice pour les mineurs de notre pays. Dans la mesure où il facilite la collaboration entre les autorités des deux pays et, lorsque cela est nécessaire, un meilleur encadrement des enfants, le respect des règles sur le placement international permet de réduire – mais pas d'éliminer – le risque que les enfants commettent des actes punissables et soient punis selon la loi du pays dans lequel ils sont placés.

- Responsabilité civile et/ou pénale des autorités et des parents

Suivant le cas d'espèce, de telles situations peuvent engager la responsabilité civile et/ou pénale des autorités et des parents ayant placé ou participé au placement de l'enfant. Des cas de poursuites pénales contre des institutions accueillant des enfants à l'étranger sont connus, ainsi que des procédures visant à retirer l'autorité parentale aux parents des enfants qui s'y trouvaient placés. Ce genre de situations peut la plupart du temps être résolu avec le soutien des représentations suisses à l'étranger, mais souvent au prix de grands efforts diplomatiques et de procédures coûteuses.

4. Placement international d'enfant: procédure

4.1 Cas en entrée

4.1.1 L'enfant est encore dans l'État requérant – Une autorité étrangère demande à l'avance l'accord des autorités suisses compétentes

a. En provenance d'un [État contractant à la CLaH 96](#)

Ouverture de la procédure de consultation

L'Autorité centrale ([fédérale](#) ou [cantonale](#)) reçoit la requête de [l'autorité centrale étrangère](#) et vérifie sommairement que le dossier contienne toutes les informations nécessaires (notamment un rapport ou suffisamment d'informations sur l'enfant ainsi que sur les raisons qui justifieraient un placement en Suisse). Si nécessaire, l'Autorité centrale (fédérale ou cantonale) demande un complément d'information. Si la requête est complète, l'Autorité centrale cantonale coordonne au sein du canton la procédure de préavis selon [l'art. 33 CLaH 96](#). (Figure 1)

Le préavis des autorités suisses au sens de l'art. 33 CLaH 96 doit porter sur :



- Le lieu de placement (famille d'accueil ou institution) ;
- Le projet de placement de manière générale (situation dans le pays d'origine, subsidiarité, intérêt de l'enfant, financement et autres aspects pratiques) ; et
- Les aspects migratoires.

Les autorités compétentes pour les divers aspects mentionnés ci-dessus sont déterminées par le droit fédéral et/ou cantonal. Si elles ne le sont pas, il est recommandé que la situation soit discutée et réglée au sein de chaque canton, afin de déterminer la marche à suivre.

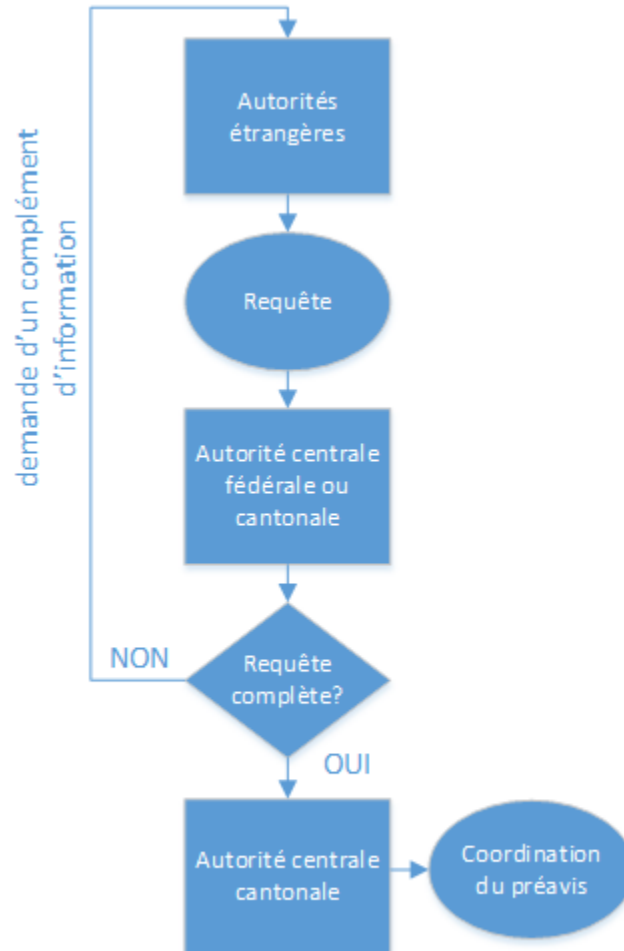


Figure 1



Variante : Lorsque les autorités étrangères transmettent la requête à une autorité autre que l'Autorité centrale (fédérale ou cantonale), l'autorité qui a reçu la requête la transmet immédiatement à l'Autorité centrale cantonale, afin que celle-ci puisse coordonner la procédure de préavis. Pour le reste, la procédure peut se dérouler comme décrit par la suite. (Figure 2)

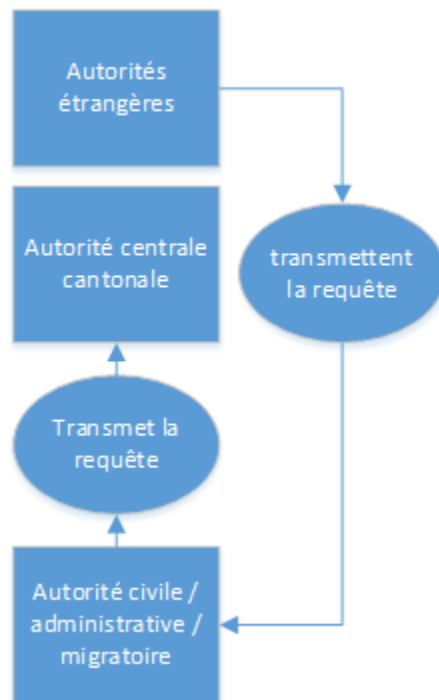


Figure 2



Préavis sur le lieu d'accueil

L'Autorité centrale cantonale demande le préavis de l'autorité compétente pour l'évaluation du lieu d'accueil, qui examine la requête sur la base d'une part du dossier et des explications fournis par les autorités de l'État requérant, d'autre part de ses propres évaluations (elle peut demander des compléments d'information). (Figure 3)

Préavis sur le projet

L'Autorité centrale cantonale demande à l'autorité suisse qui serait compétente pour ordonner le placement (en règle générale l'APEA) de fournir un préavis sur le projet de placement, sur la base du dossier et des explications fournis par les autorités de l'État requérant ainsi que du préavis de l'autorité compétente pour l'évaluation du lieu d'accueil (elle peut demander des compléments d'information). (Figure 3)

Préavis sur les aspects migratoires

L'Autorité centrale cantonale demande à l'autorité migratoire compétente de fournir un préavis sur les aspects migratoires du placement, sur la base du dossier et des explications fournis par les autorités de l'État requérant ainsi que des préavis sur le lieu d'accueil et sur le projet de placement (elle peut demander des compléments d'information). (Figure 3)

[L'art. 33 OASA](#) prévoit que des autorisations de séjour peuvent être accordées à des enfants placés si les conditions auxquelles le code civil soumet l'accueil de ces enfants sont remplies. Dans le contexte de la protection internationale des enfants il est essentiel que le placement en Suisse serve uniquement l'intérêt supérieur de l'enfant, et qu'il n'y ait pas d'autres considérations – notamment migratoires – en premier plan¹⁶.

Préavis consolidé

Une fois le préavis des autorités cantonales consolidé (positif ou négatif), l'autorité centrale cantonale le communique, directement ou par le biais de l'Autorité centrale fédérale, aux autorités compétentes de l'État requérant par le biais de l'Autorité centrale de l'État requérant. (Figure 3)

¹⁶ [Directives SEM, Domaine des étrangers, ch. 5.4 ss](#)



Décision de placement dans l'État requérant

En cas de préavis positif, les autorités compétentes de l'État requérant rendent la décision de placement et la communiquent aux autorités suisses compétentes par le biais des autorités centrales. (Figure 3)

Coordination et organisation du placement

Une fois que la décision de placement a été rendue, l'Autorité centrale cantonale coordonne l'organisation du placement, soit en contact direct avec les autorités étrangères compétentes, soit par le biais de l'Autorité centrale étrangère. Cela comprend, le cas échéant, également la coordination avec les autorités migratoires. (Figure 3)

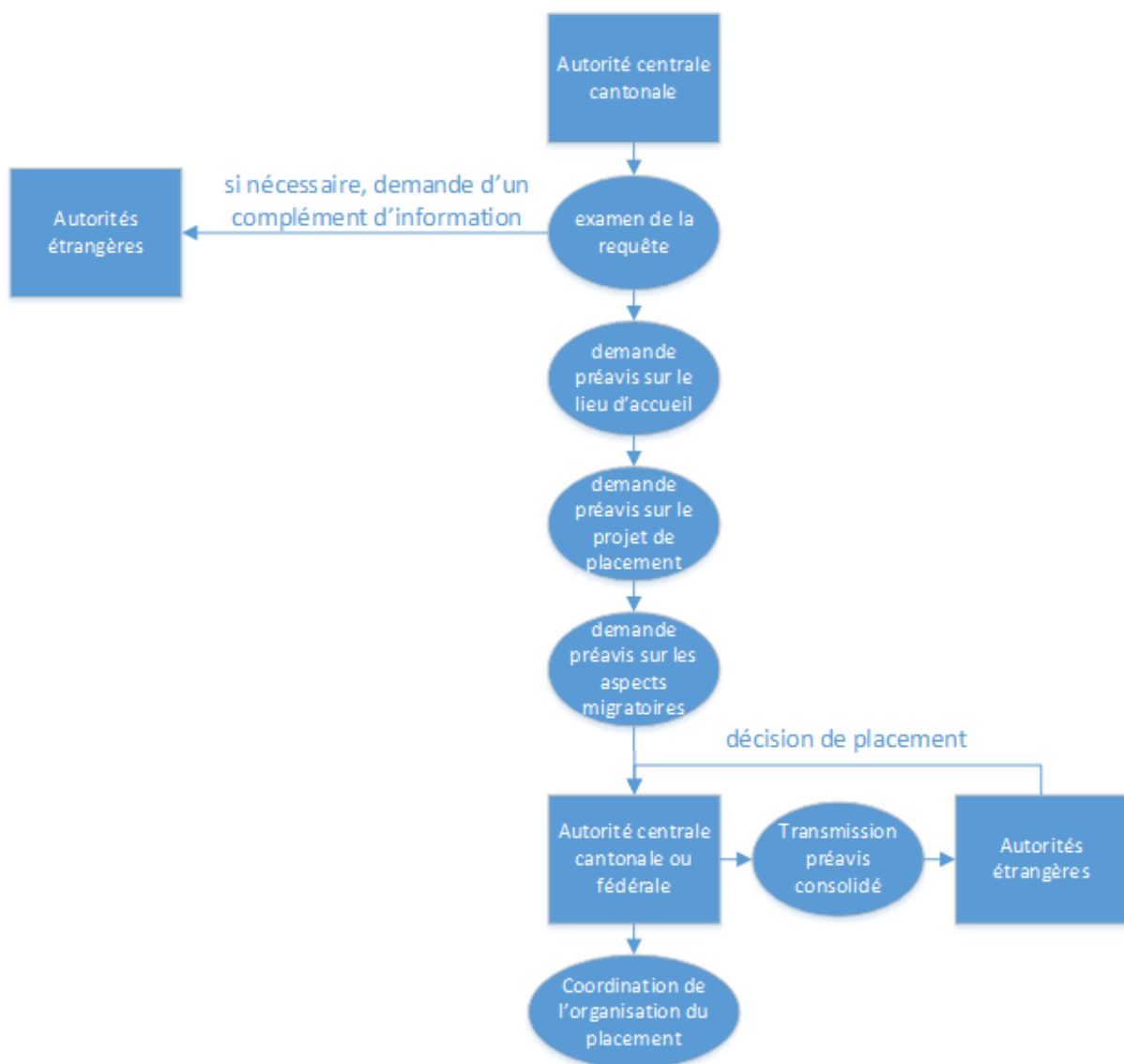


Figure 3



Variante a : Si la décision est communiquée directement aux autorités compétentes pour prononcer le placement, celles-ci peuvent choisir si elles souhaitent collaborer directement avec les autorités étrangères afin d'organiser le placement ou si elles souhaitent demander le soutien de l'Autorité centrale cantonale.

Variante b : Si la décision est communiquée directement aux autorités migratoires, celles-ci la transmettent à l'Autorité centrale cantonale.

- ➔ NB : Une fois que l'enfant est placé en Suisse pendant une durée indéterminée, il peut acquérir une résidence habituelle en Suisse ce qui entraîne la compétence des autorités suisses pour prononcer des mesures relevant de la [CLaH 96](#) (en effet, les autorités de l'État de l'ancienne résidence habituelle de l'enfant perdent ainsi automatiquement leur compétence au profit des autorités suisses, il n'y a pas de « perpetuatio fori », cf. [art. 5 ss CLaH 96](#)). En revanche, pour les placements de courte durée et de durée déterminée, les autorités suisses sont compétentes uniquement pour la prise de mesures de protection urgentes (cf. [art. 11](#) et [12 CLaH 96](#)) ; la compétence pour les mesures qui ne sont pas urgentes reste aux autorités de l'État de résidence habituelle.
- ➔ NB2 : En cas de problèmes ou complications, les autorités cantonales ou communales peuvent contacter [l'Autorité centrale fédérale](#) et/ou le [SEM](#), qui restent à disposition et peuvent collaborer afin de trouver des solutions.

b. En provenance d'un État non contractant à la CLaH 96

Dès lors que [l'art. 33 CLaH 96](#) n'est pas applicable et qu'il n'existe aucune base légale bi- ou multilatérale réglant cette question au niveau civil, la personne qui demande le placement devra consulter l'autorité suisse compétente au sens de [l'art. 2 al. 1 let. a](#) ou [2 al. 2 let. a OPE](#) pour délivrer l'autorisation à accueillir un enfant. La procédure dépendra de la situation concrète et devra respecter les exigences du droit suisse, notamment les [art. 6](#), [8](#) et [8a OPE](#).



4.1.2. L'enfant est encore dans l'État requérant – Les autorités suisses reçoivent une décision de placement sans qu'on ait préalablement demandé leur accord.

a. *En provenance d'un [État contractant à la CLaH 96](#)*

En l'absence d'une demande de préavis aux autorités suisses en vertu de [l'art. 33 CLaH 96](#) avant la prise de la décision de placement, la Suisse peut – mais ne doit pas – refuser la reconnaissance et l'exécution d'une décision étrangère de placement ([art. 23 al. 2 let. f CLaH 96](#)). Une telle décision peut être soumise aux autorités suisses de plusieurs manières, notamment par le biais des autorités centrales dans le cadre d'une requête de collaboration sous la CLaH 96, dans le cadre d'une procédure devant l'APEA ou encore en lien avec une requête de permis de séjour ou de visa. Plusieurs possibilités se présentent aux autorités saisies de telles demandes. Dans la plupart des cas, il sera dans l'intérêt de l'enfant de rattraper, si possible, les étapes pertinentes de la procédure prévue à l'art. 33 CLaH 96. En effet, celle-ci a été établie afin de protéger au mieux les enfants concernés par un placement. Il convient dès lors de transmettre le plus rapidement possible le dossier à [l'Autorité centrale cantonale](#), qui demandera à [l'Autorité centrale étrangère](#) un rapport sur l'enfant et les motifs de sa proposition sur le placement et ensuite coordonnera le préavis des autorités suisses sur le lieu du placement, le projet du placement et les aspects de droit des migrations. Pour le reste, la procédure pourra se dérouler comme décrit au point [4.1.1.a](#) et aux Figure 2 et Figure 3 ci-dessus. (Figure 4)

Du point de vue du droit des migrations, dans un cas pareil il faut examiner de manière approfondie si les conditions de [l'art. 33 OASA](#) sont remplies et si les raisons invoquées pour le placement de l'enfant sont plausibles et objectivables et ne constituent pas un contournement du droit des étrangers (notamment des conditions d'admission)¹⁷.

Il est en outre souhaitable d'attirer l'attention de l'autorité étrangère ayant rendu la décision de placement ainsi que de l'autorité centrale de l'État concerné sur les exigences de l'art. 33 CLaH 96.

¹⁷ [Directives SEM, Domaine des étrangers, ch. 5.4 ss.](#)

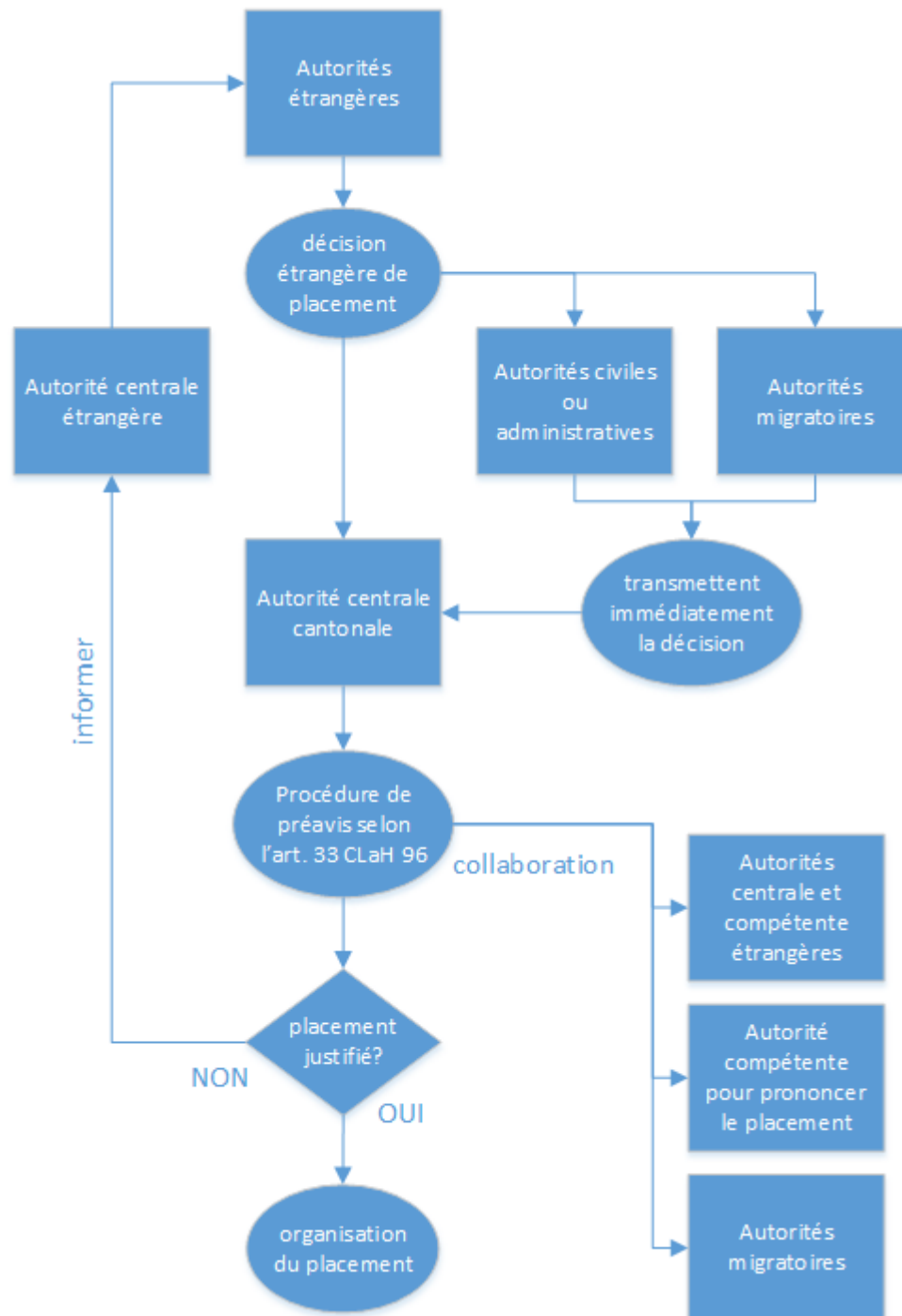


Figure 4



➔ NB : En cas de problèmes ou complications, les autorités cantonales ou communales peuvent contacter [l'Autorité centrale fédérale](#) et/ou le [SEM](#), qui restent à disposition et peuvent collaborer afin de trouver des solutions.

b. En provenance d'un État non contractant à la CLaH 96

Il y a plusieurs cas de figure dans lesquels une autorité suisse peut se trouver face à une décision en provenance d'un État non contractant à la CLaH 96 prononçant le placement d'un enfant en Suisse : les plus courants seront une demande de permis de séjour pour l'enfant aux autorités migratoires de la part de la famille d'accueil ou le signalement d'une situation à l'autorité de protection de l'enfant ou aux services de protection de la jeunesse.

Dès lors que [l'art. 33 CLaH 96](#) n'est pas applicable dans les rapports avec les États non contractants à la CLaH 96 et qu'il n'existe aucune base légale bi- ou multilatérale réglant cette question au niveau civil, la personne qui demande le placement devra consulter l'autorité suisse compétente au sens de [l'art. 2 al. 1 let. a](#) ou [2 al. 2 let. a OPE](#) pour délivrer l'autorisation à accueillir un enfant. La procédure dépendra de la situation concrète et devra respecter les exigences du droit suisse, notamment les [art. 6, 8](#) et [8a OPE](#).

Si la mesure a été prise dans l'État de résidence habituelle de l'enfant ou elle y est reconnue, elle peut en principe être reconnue en vertu de [l'art. 85 al. 4 LDIP](#). Les autorités suisses compétentes saisies dans le cas d'espèce ont la possibilité de reconnaître la décision étrangère à titre préalable : dans tous les cas il est conseillé que les autorités cantonales civiles ou administratives et migratoires collaborent afin de vérifier si toutes les conditions imposées par le droit suisse sont remplies et trouver une solution conforme à l'intérêt de l'enfant.

Dans un cas pareil, il faut examiner de manière approfondie si les conditions de [l'art. 33 OASA](#) sont remplies et si les raisons invoquées pour le placement de l'enfant sont plausibles et objectivables et ne constituent pas un contournement du droit des étrangers (notamment des conditions d'admission)¹⁸.

¹⁸ [Directives SEM, Domaine des étrangers, ch. 5.4 ss.](#)



4.1.3. Placement « volontaire avec aide des autorités »

a. En provenance d'un État contractant à la CLaH 96

L'art. 33 CLaH 96 n'est pas applicable aux placements volontaires, même s'ils ont lieu sur conseil d'une autorité étrangère. Si un enfant est placé en Suisse pendant une durée indéterminée, il peut acquérir une résidence habituelle en Suisse ce qui entraîne la compétence des autorités suisses pour prononcer des mesures relevant de la CLaH 96 (en effet, les autorités de l'État de l'ancienne résidence habituelle de l'enfant perdent ainsi automatiquement leur compétence au profit des autorités suisses, cf. art. 5 ss CLaH 96, pas de « perpetuatio fori »). En revanche, pour les placements de courte durée et de durée déterminée, les autorités suisses sont compétentes pour la prise de mesures de protection urgentes (cf. art. 11 et 12 CLaH 96) ; la compétence pour les mesures qui ne sont pas urgentes reste aux autorités de l'État de résidence habituelle. Une collaboration entre autorités communales et/ou cantonales et, si nécessaire, fédérales (civiles ou administratives et migratoires) est conseillée, afin de trouver une solution dans l'intérêt de l'enfant. L'Autorité centrale cantonale peut essayer de demander la collaboration des autorités de l'État de provenance de l'enfant par le biais de la CLaH 96.

Les conditions du placement se trouvent dans l'OPE (dont le régime d'autorisation reste en tous les cas applicable) et sont traitées dans les Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial.¹⁹ En outre, l'art. 33 OASA prévoit que des autorisations de séjour peuvent être accordées à des enfants placés si les conditions auxquelles le droit civil soumet l'accueil de ces enfants sont remplies. Dans le contexte de la protection internationale des enfants il est essentiel que le placement en Suisse serve uniquement l'intérêt supérieur de l'enfant, et qu'il n'y ait pas d'autres considérations – notamment migratoires – en premier plan²⁰.

¹⁹ Vous trouvez les Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

²⁰ Directives SEM, Domaine des étrangers, ch. 5.4 ss.



b. En provenance d'un État non contractant à la CLaH 96

Dans un tel cas, le droit suisse s'applique. Il n'y a en revanche aucune base légale pour une *collaboration internationale* au niveau civil, l'autre État n'ayant pas ratifié la CLaH 96. La *compétence* des autorités suisses peut néanmoins découler de la CLaH 96 (cf. art. 85 al. 1 LDIP). Si un enfant est placé en Suisse pendant une durée indéterminée, il peut acquérir une résidence habituelle en Suisse ce qui entraîne la compétence des autorités suisses pour prononcer des mesures relevant de la CLaH 96 (en effet, les autorités de l'État de l'ancienne résidence habituelle de l'enfant perdent ainsi automatiquement leur compétence au profit des autorités suisses, cf. [art. 5 ss CLaH 96](#), pas de « perpetuatio fori »). En revanche, pour les placements de courte durée et de durée déterminée, les autorités suisses sont compétentes pour la prise de mesures de protection urgentes (cf. [art. 11](#) et [12 CLaH 96](#)) ; la compétence pour les mesures qui ne sont pas urgentes reste aux autorités de l'État de résidence habituelle. Une collaboration entre autorités communales et/ou cantonales et, si nécessaire, fédérales (civiles ou administratives et migratoires) est conseillée, afin de trouver une solution dans l'intérêt de l'enfant.

Les conditions du placement se trouvent dans l'OPE (dont le régime d'autorisation reste en tous les cas applicable) et sont traitées dans les [Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial](#).²¹ En outre, [l'art. 33 OASA](#) prévoit que des autorisations de séjour peuvent être accordées à des enfants placés si les conditions auxquelles le code civil soumet l'accueil de ces enfants sont remplies. Dans le contexte de la protection internationale des enfants il est essentiel que le placement en Suisse serve uniquement l'intérêt supérieur de l'enfant, et qu'il n'y ait pas d'autres considérations – notamment migratoires – en premier plan²².

²¹ Vous trouvez les Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

²² [Directives SEM, Domaine des étrangers, ch. 5.4 ss.](#)



4.1.4. L'enfant est déjà en Suisse – cas « fait accompli »

a. *En provenance d'un [État contractant à la CLaH 96](#)*

En l'absence d'une demande de préavis aux autorités suisses en vertu de [l'art. 33 CLaH 96](#) avant la prise et l'exécution de la décision de placement, la Suisse peut – mais ne doit pas – refuser la reconnaissance et l'exécution d'une décision étrangère de placement ([art. 23 al. 2 let. f CLaH 96](#)). Une telle situation peut être portée à l'attention des autorités suisses de plusieurs manières, notamment dans le cadre d'une requête de collaboration sous la CLaH 96 car l'autorité étrangère demande des informations concernant le suivi du placement, dans le cadre d'une procédure devant l'APEA ou encore en lien avec une requête de permis de séjour ou de visa. Dans la plupart des cas, il sera dans l'intérêt de l'enfant de rattraper, si possible, les étapes pertinentes de la procédure prévue à l'art. 33 CLaH 96, afin d'évaluer si le placement est dans l'intérêt de l'enfant et, le cas échéant, régulariser la situation. Il convient dès lors de transmettre le plus rapidement possible le dossier à [l'Autorité centrale cantonale](#), qui demandera à [l'Autorité centrale étrangère](#) un rapport sur l'enfant et les motifs de sa proposition sur le placement et ensuite coordonnera le préavis des autorités suisses sur le lieu de placement, le projet du placement et les aspects migratoires. Pour le reste, la procédure pourra se dérouler comme décrit au point [4.1.1.a](#) (Figure 4)

Dans tous les cas, il est souhaitable d'attirer l'attention de l'autorité étrangère ayant rendu la décision de placement ainsi que l'Autorité centrale pour la CLaH 96 de l'État requérant sur les exigences de l'art. 33 CLaH 96.

Aussi dans un pareil cas il faut examiner de manière approfondie si les conditions de [l'art. 33 OASA](#) sont remplies et si les raisons invoquées pour le placement de l'enfant sont plausibles et objectivables et ne constituent pas un contournement du droit des étrangers (notamment des conditions d'admission)²³.

Pour les conditions du placement, v. [l'OPE](#) (dont le régime d'autorisation reste en tous les cas applicable), l'art. 33 OASA et les précisions contenues dans les [Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial](#).²⁴

²³ [Directives SEM, Domaine des étrangers, ch. 5.4 ss.](#)

²⁴ Vous trouvez les Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.



En cas de préavis négatif des autorités cantonales, vu que l'enfant se trouve déjà sur territoire suisse, l'Autorité centrale cantonale collabore avec les autorités de l'État qui a placé l'enfant en Suisse afin de trouver une solution dans l'intérêt de l'enfant ; suivant la situation du cas d'espèce, il peut s'agir du retour de l'enfant dans l'État de provenance ou d'une autre solution en Suisse. Une coordination des diverses autorités impliquées est particulièrement importante. (Figure 4)

- ➔ NB : En cas de problèmes ou complications, les autorités cantonales ou communales peuvent contacter [l'Autorité centrale fédérale](#) et/ou le [SEM](#), qui restent à disposition et peuvent collaborer afin de trouver des solutions.
- ➔ NB2 : Si un enfant est placé en Suisse pendant une durée indéterminée, il peut acquérir une résidence habituelle en Suisse ce qui entraîne la compétence des autorités suisses pour prononcer des mesures relevant de la CLaH 96 (en effet, les autorités de l'État de l'ancienne résidence habituelle de l'enfant perdent ainsi automatiquement leur compétence au profit des autorités suisses, cf. [art. 5 ss CLaH 96](#), pas de « perpetuatio fori »). En revanche, pour les placements de courte durée et de durée déterminée, les autorités suisses sont compétentes pour la prise de mesures de protection urgentes (cf. [art. 11](#) et [12 CLaH 96](#)) ; la compétence pour les mesures qui ne sont pas urgentes reste aux autorités de l'État de résidence habituelle.

b. En provenance d'un État non contractant à la CLaH 96

Dans un tel cas, le droit suisse s'applique. Il n'y a en revanche aucune base légale pour une *collaboration internationale* au niveau civil, l'autre État n'ayant pas ratifié la [CLaH 96](#). La *compétence* des autorités suisses peut néanmoins découler de la CLaH 96 (cf. art. 85 al. 1 LDIP). Si un enfant est placé en Suisse pendant une durée indéterminée, il peut acquérir une résidence habituelle en Suisse ce qui entraîne la compétence des autorités suisses pour prononcer des mesures relevant de la CLaH 96 (en effet, les autorités de l'État de l'ancienne résidence habituelle de l'enfant perdent ainsi automatiquement leur compétence au profit des autorités suisses, cf. [art. 5 ss CLaH 96](#), pas de « perpetuatio fori »). En revanche, pour les placements de courte durée et de durée déterminée, les autorités suisses sont compétentes pour la prise de mesures de protection urgentes (cf. [art. 11](#) et [12 CLaH 96](#)) ; la compétence pour les mesures qui ne sont pas urgentes reste aux autorités de l'État de résidence habituelle.

Il y a plusieurs cas de figure dans lesquels une autorité suisse peut se trouver face à un enfant placé en Suisse sur la base d'une décision en provenance d'un État non contractant à la CLaH 96 : les plus courants seront une demande de permis de séjour pour l'enfant de la



part de la famille d'accueil ou le signalement d'une telle situation à l'autorité de protection de l'enfant ou aux services de protection de la jeunesse.

Dès lors que [l'art. 33 CLaH 96](#) n'est pas applicable dans les rapports avec les États non contractants à la CLaH 96 et qu'il n'existe aucune base légale bi- ou multilatérale réglant cette question au niveau civil, la personne qui demande le placement devra consulter l'autorité suisse compétente au sens de [l'art. 2 al. 1 let. a](#) ou [2 al. 2 let. a](#) OPE pour délivrer l'autorisation à accueillir un enfant. La procédure dépendra de la situation concrète et devra respecter les exigences du droit suisse, notamment les [art. 6, 8](#) et [8a](#) OPE.

Pour les conditions du placement, v. l'OPE (dont le régime d'autorisation reste en tous les cas applicable), [l'art. 33 OASA](#) et les précisions contenues dans les [Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial](#).²⁵

Si la mesure a été prise dans l'État de résidence habituelle de l'enfant ou elle y est reconnue, elle peut en principe être reconnue en vertu de [l'art. 85 al. 4 LDIP](#). Les autorités suisses compétentes saisies dans la cas d'espèce ont la possibilité de reconnaître la décision étrangère à titre préalable : dans tous les cas il est conseillé que les autorités cantonales civiles ou administratives et migratoires collaborent afin de vérifier si toutes les conditions imposées par le droit suisse sont remplies et trouver une solution conforme à l'intérêt de l'enfant.

Dans un cas pareil, il faut examiner de manière approfondie si les conditions de l'art. 33 OASA sont remplies et si les raisons invoquées pour le placement de l'enfant sont plausibles et objectivables et ne constituent pas un contournement du droit des étrangers (notamment des conditions d'admission)²⁶.

²⁵ Vous trouvez les Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

²⁶ [Directives SEM, Domaine des étrangers, ch. 5.4 ss.](#)



4.2. Cas en sortie

4.2.1. L'enfant se trouve encore en Suisse – Demande préalable d'autorisation (procédure correcte)

a. Avec un [État contractant à la CLaH 96](#)

Examen des exigences du droit suisse

Lorsqu'elle souhaite procéder à un placement à l'étranger dans un État contractant à la [CLaH 96](#), l'autorité suisse compétente s'assure que les exigences du droit suisse sont remplies, notamment celles de [l'OPE](#). (Figure 5)

Lorsqu'un enfant étranger domicilié en Suisse est placé à l'étranger, il faut garder à l'esprit que son permis de séjour suisse expire au bout d'un séjour de six mois à l'étranger. Si l'enfant est titulaire d'une autorisation d'établissement, celle-ci peut, avec l'accord des autorités migratoires cantonales, être maintenue pour un maximum de quatre ans, si la demande est introduite dans les six mois à compter du départ à l'étranger ([art. 61 al. 2 LEI](#)).

Requête selon l'art. 33 CLaH 96

L'autorité suisse compétente pour prononcer le placement prépare une [requête](#) conformément à [l'art. 33 CLaH 96](#)²⁷, contenant un rapport sur l'enfant et une explication des motifs pour lesquels elle considère le placement. Elle transmet la requête à [l'Autorité centrale cantonale](#), qui s'occupe de la transmission aux autorités de l'État requis. (Figure 5)

Variante : L'autorité compétente pour prononcer le placement peut en principe transmettre la requête directement à l'autorité compétente de l'État requis et collaborer avec celle-ci sans passer par les autorités centrales. Dans ce cas, elle en informe l'Autorité centrale cantonale.

Décision de placement

Si les autorités compétentes de l'État requis donnent un préavis positif, l'autorité suisse compétente peut prononcer le placement et communiquer sa décision à l'Autorité centrale cantonale, qui à son tour la fait parvenir aux autorités étrangères compétentes. (Figure 5)

²⁷ Vous trouvez le formulaire de requête sur le site de l'Autorité centrale fédérale (<https://www.bj.ad-min.ch/bj/fr/home/gesellschaft/kinderschutz/platzierungen.html>).



Organisation du placement

Si nécessaire, les autorités centrales mettent en contact les autorités compétentes des deux États afin que celles-ci puissent organiser le placement. (Figure 5)

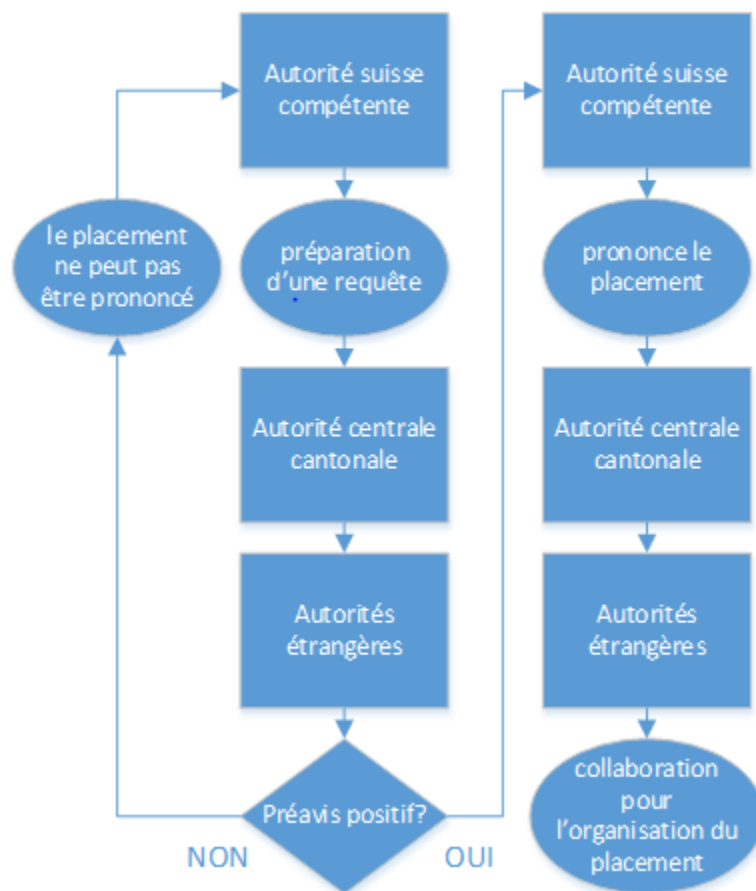


Figure 5

- ➔ NB : En cas de problèmes ou complications, les autorités cantonales ou communales peuvent contacter [l'Autorité centrale fédérale](#) et/ou le [SEM](#), qui restent à disposition et peuvent collaborer afin de trouver des solutions.



b. Avec un État non contractant à la CLaH 96

Il n'y a pas de base légale internationale réglant la question des placements à l'étranger dans un État non contractant à la CLaH 96. Néanmoins, l'autorité suisse qui souhaite placer à l'étranger doit s'assurer que les exigences du droit suisse sont remplies, notamment celles de [l'OPE](#), et que la législation en vigueur dans l'État dans lequel le placement doit avoir lieu est respectée.

Lorsqu'un enfant étranger domicilié en Suisse est placé à l'étranger, il faut garder à l'esprit que son permis de séjour suisse expire au bout d'un séjour de six mois à l'étranger. Si l'enfant est titulaire d'une autorisation d'établissement, celle-ci peut, avec l'accord des autorités migratoires cantonales, être maintenue pour un maximum de quatre ans, si la demande est introduite dans les six mois à compter du départ à l'étranger ([art. 61 al. 2 LEI](#)).

4.2.2. Cas « fait accompli » – La décision de placement a déjà été prise et/ou l'enfant est déjà placé dans l'autre État

a. Dans un [État contractant à la CLaH 96](#)

En l'absence d'une demande de préavis aux autorités compétentes de l'État dans lequel on souhaite placer l'enfant selon [l'art. 33 CLaH 96](#) avant la prise et/ou l'exécution de la décision de placement, les autorités étrangères compétentes peuvent – mais ne doivent pas – refuser la reconnaissance de la décision ([art. 23 al. 2 let. f CLaH 96](#)). Il appartient aux autorités compétentes de l'État dans lequel l'enfant doit être placé de décider si, au vu de la situation du cas d'espèce, les éléments fournis dans la décision suffisent à motiver le placement et donc s'il est possible et indiqué de permettre un « rattrapage » des étapes prévues à l'art. 33 CLaH 96 (en collaborant avec les autorités suisses compétentes sur la base de cette disposition et de la CLaH 96 en général).

Lorsqu'un enfant étranger domicilié en Suisse est placé à l'étranger, il faut garder à l'esprit que son permis de séjour suisse expire au bout d'un séjour de six mois à l'étranger. Si l'enfant est titulaire d'une autorisation d'établissement, celle-ci peut, avec l'accord des autorités migratoires cantonales, être maintenue pour un maximum de quatre ans, si la demande est introduite dans les six mois à compter du départ à l'étranger ([art. 61 al. 2 LEI](#)).

➔ NB : Il s'agit d'un cas qui ne devrait pas se produire, car [l'OPE](#) et l'art. 33 CLaH 96 doivent être impérativement respectés.



- ➔ NB2 : En cas de problèmes ou complications, les autorités cantonales ou communales peuvent contacter [l'Autorité centrale fédérale](#) et/ou le [SEM](#), qui restent à disposition et peuvent collaborer afin de trouver des solutions.

b. Dans un État non contractant à la CLaH 96

Il n'y a pas de base légale internationale réglant la question des placements à l'étranger dans un État non contractant à la CLaH 96. Néanmoins, l'autorité suisse qui souhaite placer à l'étranger doit s'assurer que les exigences du droit suisse sont remplies, notamment celles de [l'OPE](#), et que la législation en vigueur dans l'État dans lequel le placement doit avoir lieu est respectée. Les conséquences d'un placement à l'étranger qui ne respecte pas les exigences légales de l'État en question peuvent être graves (v. [point 3.4](#) ci-dessus).

Les autorités suisses n'ont pas de partenaire clairement désigné qui pourrait fournir des renseignements ou coopérer avec elles dans le cadre d'un placement international. L'évaluation du milieu d'accueil à l'étranger est régie par les règles générales de l'entraide internationale sur l'obtention des preuves à l'étranger²⁸. L'ambassade en Suisse du pays en question ainsi que le Service social international peuvent, le cas échéant, fournir des renseignements utiles.

Lorsqu'un enfant étranger domicilié en Suisse est placé à l'étranger, il faut garder à l'esprit que son permis de séjour suisse expire au bout d'un séjour de six mois à l'étranger. Si l'enfant est titulaire d'une autorisation d'établissement, celle-ci peut, avec l'accord des autorités migratoires cantonales, être maintenue pour un maximum de quatre ans, si la demande est introduite dans les six mois à compter du départ à l'étranger ([art. 61 al. 2 LEI](#)).

²⁸ Voir le [guide de l'entraide judiciaire de l'OFJ](#).



4.2.3. Placement « volontaire avec aide des autorités »

a. Dans un État contractant à la CLaH 96

L'art. 33 CLaH 96 n'est pas applicable aux placements volontaires, même s'ils ont lieu sur conseil d'une autorité suisse. Si un enfant se trouve placé à l'étranger pendant une durée indéterminée, il peut acquérir une résidence habituelle dans ce pays et sera soumis à la législation étrangère applicable en matière de placement et de protection de l'enfance, car les autorités suisses perdent automatiquement leur compétence au profit des autorités du nouvel État de résidence habituelle de l'enfant (cf. art. 5 ss CLaH 96, pas de « perpetuatio fori »). En revanche, pour les placements de courte durée et de durée déterminée, les autorités étrangères sont compétentes uniquement pour la prise de mesures de protection urgentes (cf. art. 11 et 12 CLaH 96) ; la compétence pour les mesures qui ne sont pas urgentes reste aux autorités de la Suisse, État de résidence habituelle de l'enfant.

L'autorité suisse conseillant ou suivant la famille qui considère l'idée de placer un enfant à l'étranger devrait attirer l'attention des parents sur la nécessité de respecter les exigences de la législation suisse, notamment l'OPE, et étrangère, tout comme elle le ferait dans un cas de placement ordonné. Lorsque l'autorité considère qu'un placement est nécessaire, elle devrait appliquer l'OPE y compris son art. 2a al. 1 par analogie, même si elle décide de ne pas rendre de décision officielle (v. point 3.3. ci-dessus). Si nécessaire, l'Autorité centrale cantonale peut essayer de demander la collaboration des autorités de l'État dans lequel l'enfant doit être placé par le biais de la CLaH 96.

Lorsqu'un enfant étranger domicilié en Suisse est placé à l'étranger, il faut garder à l'esprit que son permis de séjour expire au bout d'un séjour de six mois à l'étranger. Si l'enfant est titulaire d'une autorisation d'établissement, celle-ci peut, avec l'accord des autorités migratoires cantonales, être maintenue pour un maximum de quatre ans, si la demande est introduite dans les six mois à compter du départ à l'étranger (art. 61 al. 2 LEI).



b. Dans un État non contractant à la CLaH 96

Dans un tel cas, il n'y a aucune base légale pour une collaboration internationale au niveau civil. Si un enfant se trouve placé à l'étranger, il se peut qu'il acquière une nouvelle résidence habituelle dans ce pays et qu'il soit donc soumis à la législation étrangère applicable en matière de placement et de protection de l'enfance ; il se peut également que le droit de cet État soit complètement différent du nôtre et prévoie l'application de son droit à tout enfant présent sur son territoire. Il est donc essentiel de se renseigner par avance sur les exigences du droit étranger.

L'autorité suisse conseillant ou suivant la famille qui considère l'idée de placer un enfant à l'étranger devrait attirer l'attention des parents sur la nécessité de respecter les exigences de la législation suisse, notamment [l'OPE](#), et étrangère, tout comme elle le ferait dans un cas de placement ordonné. Lorsque l'autorité considère qu'un placement est nécessaire, elle devrait appliquer l'OPE y compris son [art. 2a al. 1](#) par analogie, même si elle décide de ne pas rendre de décision officielle (v. point [3.3](#) ci-dessus).

Lorsqu'un enfant étranger domicilié en Suisse est placé à l'étranger, il faut garder à l'esprit que son permis de séjour expire au bout d'un séjour de six mois à l'étranger. Si l'enfant est titulaire d'une autorisation d'établissement, celle-ci peut, avec l'accord des autorités migratoires cantonales, être maintenue pour un maximum de quatre ans, si la demande est introduite dans les six mois à compter du départ à l'étranger ([art. 61 al. 2 LEI](#)).



5. Questions procédurales

5.1. Frais de procédure

En vertu de [l'art. 38 CLaH 96](#), les Autorités centrales et les autres autorités administratives – à l'exclusion des tribunaux – supportent en principe leurs frais découlant de l'application de [l'art. 33](#). Les frais de justice ou de procédure, notamment les frais d'avocat, ne sont pas compris. En revanche, sont compris les frais de correspondance et transmission, de recherche d'informations et de localisation d'un enfant, de médiation ou autre méthode de recherche d'une solution amiable, ainsi que les frais de mise en œuvre de mesures ordonnées dans un autre État contractant, notamment les mesures de placement²⁹. Cependant, l'art. 38 al. 1 CLaH 96 permet aux autorités le droit de réclamer des frais raisonnables correspondant aux services fournis. Ces demandes devraient être formulées avec une certaine modération, et les autorités devraient informer clairement au préalable sur ces frais. Il faut tenir compte de l'intérêt de l'enfant et éviter que la prise ou la reconnaissance d'une mesure de protection échoue uniquement à cause de questions liées aux frais ; il est donc recommandé de discuter de la question par avance avec les autorités de l'autre État³⁰.

5.2. Langues de communication, traductions

Le placement international d'enfant implique la communication et la collaboration avec des autorités étrangères. [L'art. 54 CLaH 96](#) règle les questions de langue de communication, en prévoyant que les communications sont adressées en langue originale avec une traduction dans la langue officielle de l'État requis ou, lorsqu'une telle traduction est difficilement réalisable, en anglais ou en français. [L'art. 60 CLaH 96](#) prévoit cependant une faculté de réserve concernant l'utilisation du français ou de l'anglais³¹. Les points suivants sont tout particulièrement à prendre en considération dans le cadre de la communication avec les autorités étrangères :

²⁹ La compétence pour le financement des mesures de placement est régie par le droit cantonal, comme pour les placements nationaux.

³⁰ V. en outre à ce sujet le chapitre 8.5 des Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial, que vous trouvez sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

³¹ Cf. [liste à jour des États ayant fait une telle réserve](#) (sur le site de la Conférence de La Haye).



- Communication avec les autorités centrales : la communication avec les autorités centrales se déroule en général en français ou en anglais. Certaines autorités centrales peuvent même fournir des services de traduction.
- Collaboration avec les autorités compétentes d'un autre État : lorsque la collaboration des autorités compétentes de l'État requis est nécessaire, une traduction dans la langue officielle de cet État est inévitable.
- Les frais de traduction sont mis à la charge de l'autorité requérante.

Il est recommandé de se renseigner à l'avance auprès de [l'Autorité centrale cantonale](#) dans un cas concret.



6. Liens utiles

[Autorité centrale fédérale](#) pour la CLaH 96 :

Office fédéral de la justice, Unité Droit international privé

Site internet : www.bj.admin.ch > Société > Protection internationale des enfants

E-mail : kindesschutz@bj.admin.ch

Tél. : 058 463 88 64

Coordonnées des [Autorités centrales cantonales pour la CLaH 96](#)

[Secrétariat d'État aux migrations](#) (SEM) :

Domaine de direction Immigration et intégration, Division Admission Séjour

E-mail : aufenthalt@sem.admin.ch

Tél. : 058 465 11 11

Pour toutes les informations sur la Convention, les États contractants et autorités centrales/compétentes, les réserves, rapport explicatif, manuel pratique, ... :

[Site de la Conférence de La Haye de droit international privé, Espace protection des enfants:](#)
www.hcch.net.

Vous trouvez les Recommandations de la CDAS et de la COPMA relatives au placement extra-familial, que vous trouvez sur le site de la CDAS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> ainsi que sur celui de la COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.



Promemoria sul collocamento internazionale di minori ai fini della loro protezione

Indice

1.	Introduzione	3
2.	Osservazione preliminare: come utilizzare il promemoria	4
3.	Informazioni generali	4
3.1.	Casi specifici: casi in entrata e casi in uscita	4
3.2.	Basi legali.....	4
3.2.1.	OAMin.....	4
3.2.2.	Convenzione 96	5
3.2.3.	LDIP.....	6
3.2.4.	Diritto in materia di stranieri.....	6
3.3.	Collocamento volontario	7
3.4.	Conseguenze del mancato rispetto delle regole sul collocamento internazionale	7
4.	Collocamento internazionale di minori: procedura	8
4.1.	Casi in entrata	8
4.1.1.	Il minore si trova ancora nello Stato richiedente – Un'autorità estera chiede previamente l'accordo delle competenti autorità svizzere.	8
a.	In provenienza da uno Stato parte della Convenzione 96	8
b.	In provenienza da uno Stato non parte della Convenzione 96	15
4.1.2.	Il minore si trova ancora nello Stato richiedente – le autorità svizzere ricevono una decisione di collocamento senza che sia stato precedentemente chiesto il loro consenso .	16
a.	In provenienza da uno Stato parte della Convenzione 96	16
b.	In provenienza da uno Stato non parte della Convenzione 96	18
4.1.3.	Collocamento «volontario con l'aiuto delle autorità»	19
a.	In provenienza da uno Stato parte della Convenzione 96	19
b.	In provenienza da uno Stato non parte della Convenzione 96	20
4.1.4.	Il minore si trova già in Svizzera – caso «fatto compiuto»	21
a.	In provenienza da uno Stato parte della Convenzione 96	21
b.	In provenienza da uno Stato non parte della Convenzione 96	22
4.2.	Casi in uscita.....	24
4.2.1.	Il minore si trova ancora in Svizzera – procedura corretta (con previa domanda d'autorizzazione)	24
a.	Con uno Stato parte della Convenzione 96.....	24
b.	Con uno Stato non parte della Convenzione 96	25



4.2.2.	Caso «fatto compiuto» – La decisione di collocamento è già stata pronunciata e/o il minore è già collocato nell'altro Stato	26
a.	In uno Stato parte della Convenzione 96	26
b.	In uno Stato non parte della Convenzione 96	27
4.2.3.	Collocamento «volontario con l'aiuto delle autorità»	28
a.	In uno Stato parte della Convenzione 96	28
b.	In uno Stato non parte della Convenzione 96	29
5.	Questioni procedurali.....	30
5.1.	Spese procedurali	30
5.2.	Lingue di comunicazione, traduzioni.....	30
6.	Risorse	32



1. Introduzione

Il presente promemoria illustra il ruolo delle competenti autorità (amministrative e giudiziarie) e le funzioni loro attribuite secondo le basi legali applicabili al collocamento internazionale di minori a scopo di protezione¹. Illustra in particolare le modalità di esecuzione e l'applicazione dell'articolo 33 della [Convenzione dell'Aia del 19 ottobre 1996 sulla protezione dei minori](#)² in combinazione con [l'Ordinanza del 19 ottobre 1977 sull'affiliazione](#)³. Dato che questi strumenti prevedono, prima o poi, il coinvolgimento sia delle autorità comunali, cantonali e/o federali civili e/o amministrative che di quelle della migrazione, il coordinamento tra queste è fondamentale per garantire l'attuazione efficace e conforme al bene del minore. [L'Autorità centrale del vostro Cantone incaricata dell'applicazione della Convenzione dell'Aia sulla protezione dei minori](#), che è il vostro interlocutore principale, nonché [l'Autorità centrale federale](#)⁴ e la [Segreteria di Stato della migrazione \(SEM\)](#) restano a disposizione per qualsiasi informazione complementare.

L'Ufficio federale di giustizia (UFG) rinvia inoltre alle Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari⁵.

Il presente promemoria si rivolge a tutte le autorità – cantonali e comunali, civili, amministrative e della migrazione – chiamate a intervenire in caso di collocamento di un minore verso o dall'estero. e tratta soltanto gli *aspetti di diritto civile* dei collocamenti. Tuttavia, una parte non trascurabile dei collocamenti internazionali dalla o verso la Svizzera sono disposti dalle autorità penali. Secondo [l'articolo 4 lettera i della Convenzione 96](#), quest'ultima non si applica alle misure adottate conseguentemente alla commissione di reati da parte di minori. L'OAMin resta invece applicabile⁶.

¹ Il presente promemoria non copre il collocamento in vista dell'adozione, che è disciplinato da basi legali e procedure specifiche (v. www.adoption.admin.ch).

² Convenzione del 19 ottobre 1996 concernente la competenza, la legge applicabile, il riconoscimento, l'esecuzione e la cooperazione in materia di responsabilità genitoriale e di misure di protezione dei minori (Convenzione dell'Aia sulla protezione dei minori, RS 0.211.231.011); qui appresso Convenzione 96.

³ Ordinanza del 19 ottobre 1977 sull'accoglimento di minori a scopo di affiliazione (OAMin, RS 211.222.32).

⁴ L'Ufficio federale di giustizia (UFG) è stato designato come Autorità centrale federale, cfr. [art. 1 LF-RMA](#).

⁵ Le Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

⁶ Cfr. capitolo 2.3 delle Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari, che sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.



2. Osservazione preliminare: come utilizzare il promemoria

Qui appresso sono descritte le tappe essenziali della procedura secondo le principali tipologie di casi. Per maggiore chiarezza e al fine di permettere di trovare tutte le risposte riguardanti una determinata tipologia di caso nel capitolo corrispondente, abbiamo descritto le fasi principali della procedura in ciascun capitolo. Ciò implica necessariamente un certo numero di ripetizioni nel testo ma permette la consultazione mirata di una determinata tipologia di caso e l'accesso diretto alle informazioni desiderate.

Si raccomanda a ciascun Cantone di definire la procedura esatta da seguire e le autorità competenti in loco sulla base delle indicazioni del presente promemoria e delle Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari⁷.

3. Informazioni generali

3.1. Casi specifici: casi in entrata e casi in uscita

I casi di collocamento internazionale di minori si suddividono in due grandi categorie: i casi in entrata – in cui un minore residente all'estero deve essere collocato in Svizzera – e i casi in uscita – in cui il minore residente in Svizzera deve essere collocato all'estero. Inoltre, la procedura cambia a seconda che lo Stato con cui si collabora [abbia ratificato o meno la Convenzione 96](#).

3.2. Basi legali

A seconda del caso, oltre beninteso alle disposizioni pertinenti del [Codice civile](#), vanno rispettate le basi legali elencate qui di seguito.

3.2.1. OAMin

L'[OAMin](#) è applicabile a entrambe le tipologie, a prescindere dal Paese di provenienza o di collocamento. Le disposizioni pertinenti sono l'[articolo 2a](#) riguardante il collocamento di un minore all'estero e gli [articoli 6](#) e [6b](#) sull'accoglimento di un minore straniero che fino ad allora abbia vissuto all'estero. L'accoglimento di minori svizzeri che fino ad allora abbiano vissuto all'estero non richiede le condizioni supplementari previste dall'[articolo 6](#) ed è retto dalle disposizioni generali degli [articoli 4](#) e [5](#).

⁷ Le Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.



3.2.2. Convenzione 96

La [Convenzione 96](#), in particolare il suo [articolo 33](#)⁸, è applicabile ai rapporti con gli [Stati contraenti](#) sia nei casi in entrata che in quelli in uscita. Mentre tale articolo non si applica ai rapporti con gli Stati che non l'hanno ratificata, [l'OAMin](#) si applica in tutti i casi.

L'art. 33 della Convenzione istituisce una procedura di consultazione obbligatoria dello Stato di accoglienza. È fondamentale sfruttare questa fase per regolare tutte le questioni che potrebbero porre problemi⁹.

[Il rapporto esplicativo della Convenzione 96](#) sottolinea che la consultazione dà un potere di controllo all'autorità dello Stato di accoglienza e permette di regolare in anticipo le condizioni di soggiorno del minore nello Stato di accoglienza, segnatamente rispetto alle leggi sull'immigrazione in vigore in tale Stato, o alla ripartizione dei costi occasionati dall'esecuzione della misura di collocamento. Il mancato rispetto della procedura prevista dall'articolo 33 può potenzialmente compromettere il bene del minore e implicare il non riconoscimento della decisione di collocamento; vi è la possibilità di recuperare le tappe procedurali saltate, ma non sussiste alcun obbligo in tal senso.

È importante sottolineare che la Convenzione 96 non precisa né qual è l'esatta procedura da seguire nello Stato di accoglienza, né quale autorità è competente per i diversi compiti. La [LF- RMA](#)¹⁰ prevede al suo [articolo 2 cpv. 2](#) che le autorità centrali cantonali svolgono i compiti assegnati dalla Convenzione 96 alle autorità centrali; per il resto, la procedura di consultazione deve essere determinata (e coordinata) a livello cantonale.

⁸ Articolo 33: «(1.) Quando prospetta il collocamento del minore in una famiglia di accoglienza o in un istituto, o la sua assistenza legale tramite kafala o istituto analogo, e quando tale collocamento o assistenza avverrà in un altro Stato contraente, l'autorità competente ai sensi degli articoli 5–10 consulterà preliminarmente l'Autorità centrale o un'altra autorità competente di quest'ultimo Stato. A tal fine le comunicherà un rapporto sul minore e i motivi della sua proposta di collocamento o assistenza. (2.) La decisione sul collocamento o l'assistenza potrà essere presa nello Stato richiedente solo se l'Autorità centrale o un'altra autorità competente dello Stato richiesto avrà approvato tale collocamento o assistenza, tenuto conto del superiore interesse del minore.»

⁹ Per approfondimenti ed esempi, cfr. il [Manuale pratico relativo al funzionamento della Convenzione del 1996 sulla protezione dei minori](#).

¹⁰ Legge federale sul rapimento internazionale dei minori e sulle Convenzioni dell'Aia sulla protezione dei minori e degli adulti (RS 211.222.32).



3.2.3. LDIP

La [LDIP](#)¹¹, in particolare [l'articolo 85 capoverso 4](#), secondo cui i provvedimenti adottati in uno Stato che non è parte alla [Convenzione 96](#) sono riconosciuti se sono stati adottati o sono riconosciuti nello Stato di dimora abituale del minore, è in linea di massima applicabile quando non lo è la Convenzione 96. I provvedimenti adottati all'estero sono riconosciuti alle condizioni di cui all'[articolo 25 e seguenti LDIP](#). In virtù dell'[articolo 85 capoverso 3 LDIP](#), le autorità svizzere sono inoltre competenti se lo esige la protezione di una persona o dei suoi beni.

3.2.4. Diritto in materia di stranieri

Secondo [l'articolo 30 lettera c LStrl](#)¹², è possibile derogare alle condizioni di ammissione ([art. 18-29](#)) al fine di disciplinare il soggiorno dei minori affiliati. [L'articolo 33 OASA](#)¹³ prevede che il minore affiliato possa ottenere un permesso di dimora se le condizioni di diritto civile per l'accoglimento di un affiliando straniero in vista dell'adozione sono adempite. Secondo [l'articolo 48](#) l'affiliato ha diritto al rilascio di un permesso di dimora se ne è prevista l'adozione in Svizzera e se sono soddisfatte le condizioni del diritto civile (nel caso di una famiglia affidataria, bisognerà in particolare che la loro idoneità sia stata verificata) e del diritto sugli stranieri. Tale diritto sussiste anche se l'adozione non è realizzata. Occorre inoltre tenere conto della giurisprudenza e della prassi riguardanti [l'articolo 8 CEDU](#)¹⁴ (diritto al rispetto della vita familiare e privata).

La [SEM](#) è l'ultima istanza portata a pronunciarsi sul permesso di soggiorno e mantiene le sue prerogative fondate sulla [LStrl](#), [l'OASA](#) e la giurisprudenza che ne deriva, in modo che un preavviso positivo di un'autorità civile cantonale non implica automaticamente il rilascio di un permesso di soggiorno.

È importante sottolineare che [l'Accordo sulla libera circolazione delle persone](#)¹⁵ non contiene delle disposizioni che regolamentino il collocamento internazionale di minori, ma che tutti gli Stati UE/AELS hanno ratificato la Convenzione 96; in caso di collocamento in Svizzera di un minore

¹¹ Legge federale del 18 dicembre 1987 sul diritto internazionale privato (RS 291).

¹² Legge federale del 15 dicembre 2005 sugli stranieri e la loro integrazione (RS 142.20).

¹³ Ordinanza del 24 ottobre 2007 sull'ammissione, il soggiorno e l'attività lucrativa (RS 142.201).

¹⁴ Convenzione del 4 novembre 1950 per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali (RS 0.101).

¹⁵ Accordo del 21 giugno 1999 tra la Confederazione Svizzera, da una parte, e la Comunità europea ed i suoi Stati membri, dall'altra, sulla libera circolazione delle persone (RS 0.142.112.681).



residente in uno Stato UE/AELS, come per tutti gli Stati contraenti alla Convenzione 96 la base legale internazionale pertinente è la Convenzione 96.

3.3. Collocamento volontario

[L'articolo 33 della Convenzione 96](#) non si applica in caso di *collocamento volontario*, ossia in assenza di una decisione di collocamento della competente autorità. Tuttavia, è ovvio che i genitori devono rispettare la legislazione vigente nello Stato in cui intendono collocare il minore e che le autorità svizzere eventualmente attivamente implicate nel collocamento devono rendere i genitori attenti a tale rispetto.

Nel concreto, un'autorità è spesso implicata, ma, per una ragione o per un'altra (sovente per rispetto nei confronti dei genitori, o perché tale modo di procedere permette di ottenere una migliore cooperazione) decide di non prendere una decisione ufficiale e dunque il collocamento è da considerarsi "volontario". Nella misura in cui [l'OAMin](#) è applicabile ai collocamenti che non sono stati ordinati da un'autorità, le sue disposizioni sono sempre da rispettare. Inoltre, l'autorità implicata – generalmente un'autorità di protezione, ma può anche trattarsi di un'altra autorità – conosce le esigenze legali e sa che queste regole sono state adottate al fine di preservare l'interesse del bambino: se l'autorità ritiene che un collocamento è necessario ma decide di non prendere una decisione, le disposizioni dell'OAMin dovrebbero essere applicate, compreso [l'art. 2a cpv. 1](#) per analogia. Il rispetto di tale disposizione garantisce infatti che si tenga conto, oltre che del bene del minore, anche dei requisiti del diritto dello Stato di collocamento.

Inoltre, il collocamento volontario di un minore dall'estero in Svizzera o dalla Svizzera all'estero deve rispettare le esigenze del diritto degli stranieri del paese nel quale il minore sarà collocato. In particolare, un'autorizzazione di entrata e/o di soggiorno deve essere richiesta prima dell'arrivo del minore in Svizzera, rispettivamente del suo spostamento all'estero. Inoltre, prima dell'arrivo del bambino in Svizzera si dovrà chiedere un'autorizzazione sulla base dell'[art. 6 OAMin](#).

3.4. Conseguenze del mancato rispetto delle regole sul collocamento internazionale

Il mancato rispetto delle regole svizzere, estere e internazionali riguardanti il collocamento internazionale di minori possono essere gravi:



- Rischi per i minori

Sono noti casi di minori maltrattati, alloggiati in condizioni insalubri, non scolarizzati correttamente, residenti all'estero senza rappresentante legale e senza permesso di soggiorno.

- Coinvolgimento dei minori in reati

Soprattutto nell'ambito di collocamenti all'estero di minori «problematici» è successo che questi ultimi abbiano commesso reati punibili secondo la legge del Paese di collocamento. Le conseguenze (soprattutto le misure) non corrispondono necessariamente al diritto penale minorile svizzero. Nella misura in cui facilita la collaborazione tra le autorità dei due paesi e, laddove necessario, un migliore accompagnamento dei bambini, il rispetto delle regole sul collocamento internazionale permette di ridurre – ma non di eliminare – il rischio che i bambini commettano dei reati e siano puniti secondo la legge del paese nel quale sono collocati.

- Responsabilità civile e/o penale delle autorità e dei genitori

A seconda del caso le suddette situazioni possono implicare la responsabilità civile e/o penale delle autorità e dei genitori che hanno collocato il minore o partecipato al collocamento. Sono noti casi di procedimenti penali nei confronti di istituti di accoglienza dei minori all'estero, come pure procedure tese a revocare l'autorità parentale ai genitori dei minori collocati in tali istituzioni. Nella maggior parte dei casi questo genere di situazioni può essere risolto con il sostegno delle rappresentanze svizzere all'estero, ma spesso a costo di grandi sforzi diplomatici e di procedure costose.

4. Collocamento internazionale di minori: procedura

4.1. Casi in entrata

4.1.1. Il minore si trova ancora nello Stato richiedente – Un'autorità estera chiede previamente l'accordo delle competenti autorità svizzere.

a. In provenienza da uno [Stato parte della Convenzione 96](#)

Apertura della procedura di consultazione

L'Autorità centrale ([federale](#) o [cantonale](#)) riceve la domanda dell'[autorità centrale estera](#) e verifica in modo sommario che il dossier contenga tutte le informazioni necessarie (in particolare un rapporto o informazioni sufficienti sul minore e sulle ragioni che giustificano il col-



locamento in Svizzera). Se necessario, l'Autorità centrale (federale o cantonale) chiede informazioni aggiuntive. Se la richiesta è completa, l'Autorità centrale cantonale coordina, a livello cantonale, la procedura di preavviso secondo [l'art. 33 della Convenzione 96](#). (Figura 1)

Il preavviso delle autorità svizzere ai sensi dell'art. 33 della Convenzione 96 deve portare su:

- Il luogo di collocamento (famiglia affidataria o istituto);
- Il progetto di collocamento in generale (situazione nel paese d'origine, sussidiarietà, interesse del minore, finanziamento e altri aspetti pratici); e
- Gli aspetti di diritto delle migrazioni.

Le autorità competenti questi i diversi aspetti sono determinate dal diritto federale e/o cantonale. Se non lo sono, è raccomandato che la situazione sia discussa in ogni cantone, al fine di determinare la procedura da seguire.

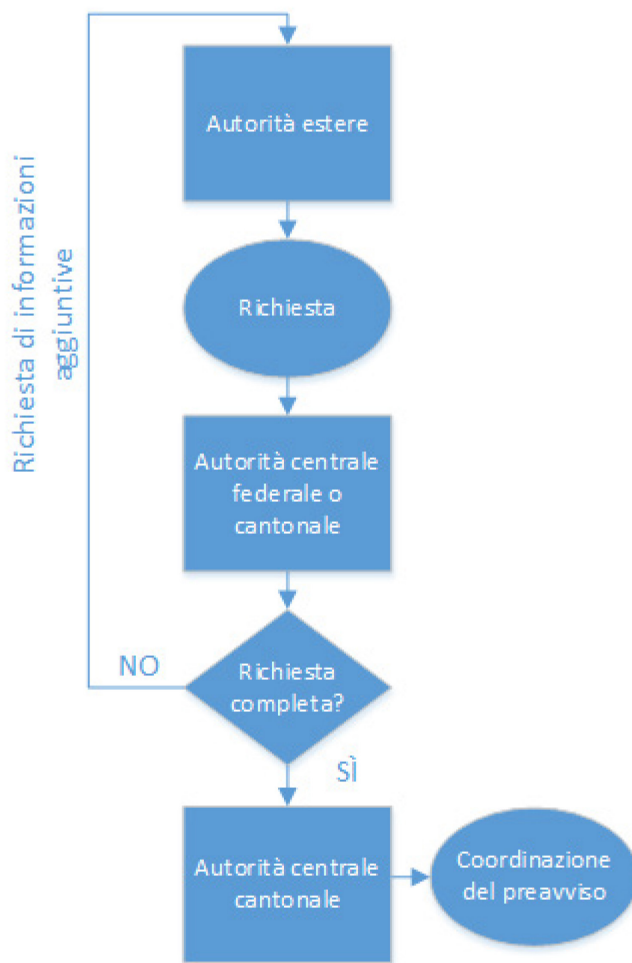


Figura 1

Variante: Se le autorità estere trasmettono la richiesta a un'autorità che non sia l'Autorità centrale (federale o cantonale), l'autorità che ha ricevuto la richiesta la trasmette immediatamente all'Autorità centrale cantonale, affinché questa possa coordinare la procedura di preavviso. Per il resto, la procedura si svolge come illustrato qui appresso. (Figura 2)

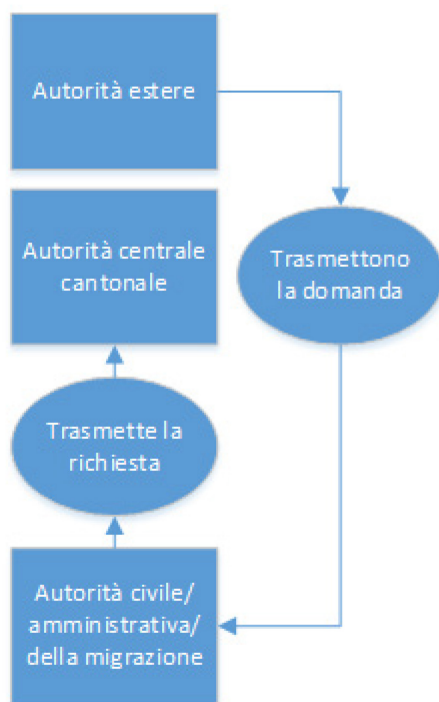


Figura 2



Preavviso sul luogo di collocamento

L'Autorità centrale cantonale chiede il preavviso dell'autorità competente per la valutazione del luogo di collocamento, che esamina la domanda in base al dossier e alle spiegazioni fornite dalle autorità dello Stato richiedente nonché delle proprie valutazioni (può chiedere informazioni aggiuntive). (Figura 3)

Preavviso sul progetto

L'Autorità centrale cantonale chiede all'autorità svizzera che sarebbe competente per ordinare il collocamento (di norma l'ARP) di fornire un preavviso sul progetto di collocamento, sulla base del dossier e delle spiegazioni forniti dalle autorità dello Stato richiedente e del preavviso sul luogo di collocamento (può chiedere informazioni aggiuntive). (Figura 3)

Preavviso sugli aspetti inerenti alla migrazione

L'Autorità centrale cantonale chiede all'autorità della migrazione competente di fornire un preavviso sugli aspetti del collocamento inerenti alla migrazione, sulla base del dossier e delle spiegazioni forniti dalle autorità dello Stato richiedente e del preavviso sul luogo di collocamento e sul progetto di collocamento (può chiedere informazioni aggiuntive). (Figura 3)

[L'art. 33 OASA](#) prevede che delle autorizzazioni di soggiorno possono essere accordate a dei minori collocati se le condizioni di diritto civile per l'accoglimento di un affiliando straniero sono adempite. Nel contesto della protezione internazionale dei minori è fondamentale che il collocamento in Svizzera sia unicamente nell'interesse superiore del minore e che in primo piano non vi siano altre considerazioni, in particolare inerenti alla migrazione¹⁶.

Preavviso consolidato

Una volta consolidato il preavviso delle autorità cantonali (positivo o negativo), l'Autorità centrale cantonale lo comunica, direttamente o mediante l'Autorità centrale federale, alle competenti autorità dello Stato richiedente, per il tramite dell'Autorità centrale di tale Stato. (Figura 3)

Decisione di collocamento nello Stato richiedente

In caso di preavviso positivo, le competenti autorità dello Stato richiedente emanano la decisione di collocamento e la comunicano, per mezzo delle autorità centrali, alle competenti autorità svizzere. (Figura 3)

¹⁶ [Istruzioni SEM, Settore degli stranieri, n. 5.4 segg.](#)



Coordinamento e organizzazione del collocamento

Una volta che la decisione di collocamento è stata presa, l'Autorità centrale cantonale coordina l'organizzazione del collocamento, o in contatto diretto con le competenti autorità estere, o passando per l'[Autorità centrale estera](#). Ciò comprende anche l'eventuale coordinamento con le autorità della migrazione. (Figura 3)

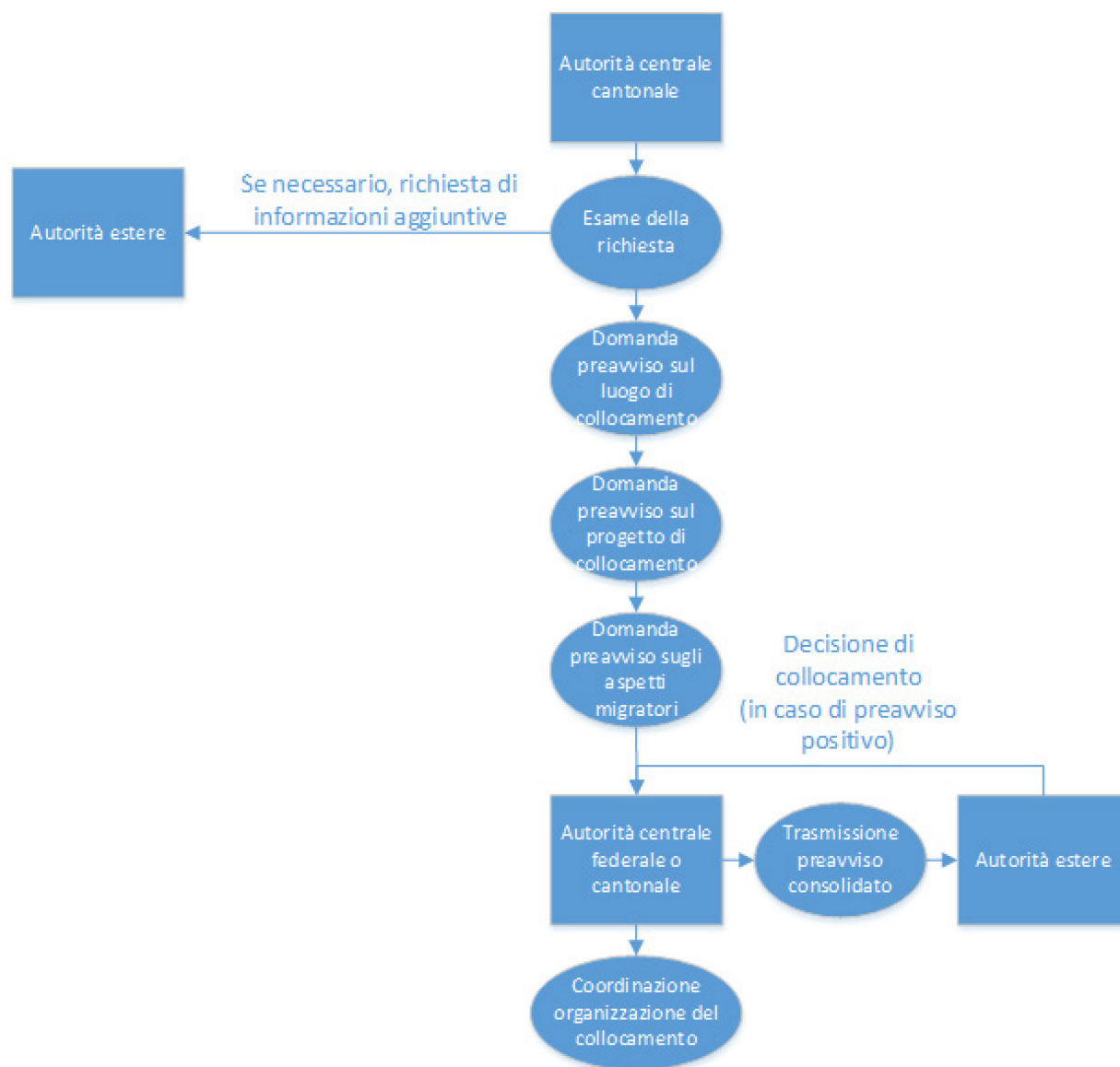


Figura 3



Variante a: se la decisione è comunicata direttamente alle autorità competenti per pronunciare il collocamento, queste possono decidere se collaborare direttamente con le autorità estere per organizzare il collocamento o se desiderano richiedere il sostegno dell'Autorità centrale cantonale.

Variante b: se la decisione è comunicata direttamente alle autorità della migrazione, queste la trasmettono all'Autorità centrale cantonale.

- Nota bene: una volta collocato in Svizzera a tempo indeterminato, il minore può acquisire la dimora abituale in Svizzera il che comporta la competenza delle autorità svizzere di pronunciare le misure previste dalla [Convenzione 96](#) (infatti, le autorità dello Stato della precedente dimora abituale del minore perdono automaticamente la loro competenza a favore di quelle svizzere, non vi è una «perpetuatio fori», cfr. [art. 5 segg. della Convenzione 96](#)). Per contro, nel caso di collocamenti di breve durata o a tempo determinato, alle autorità svizzere compete unicamente l'adozione di misure di protezione urgenti (cfr. [art. 11](#) e [12](#) Convenzione 96); le misure non urgenti restano di competenza delle autorità dello Stato di dimora abituale.
- Nota bene 2: in caso di problemi o complicazioni, le autorità cantionali o comunali possono contattare [l'Autorità centrale federale](#) e/o la [SEM](#), che restano a disposizione per contribuire a trovare soluzioni.

b. In provenienza da uno Stato non parte della Convenzione 96

Dato che [l'articolo 33 della Convenzione 96](#) non è applicabile e non esiste alcuna base legale bi- o multilaterale che disciplini tale questione sotto l'aspetto civile, la persona che chiede il collocamento dovrà consultare l'autorità svizzera competente ai sensi [dell'art. 2 cpv. 1 lett. a](#) o [2 cpv. 2 lett. a OAMin](#) per rilasciare l'autorizzazione ad accogliere un minore. La procedura dipenderà dalla situazione concreta e dovrà rispettare le prerogative del diritto svizzero, segnatamente gli art. [6](#), [8](#) e [8a](#) OAMin.



4.1.2. Il minore si trova ancora nello Stato richiedente – le autorità svizzere ricevono una decisione di collocamento senza che sia stato precedentemente chiesto il loro consenso

a. *In provenienza da uno [Stato parte della Convenzione 96](#)*

In assenza di una domanda di preavviso alle autorità svizzere conformemente [all'articolo 33 della Convenzione 96](#) prima della decisione di collocamento, la Svizzera può – ma non deve – rifiutare il riconoscimento e l'esecuzione di una decisione straniera di collocamento ([art. 23 par. 2 lett. f Convenzione 96](#)). Una tale decisione può essere sottoposta alle autorità svizzere in diversi modi, in particolare tramite le autorità centrali nell'ambito di una richiesta di collaborazione secondo la Convenzione 96, nell'ambito di una procedura davanti all'ARP o in relazione a una richiesta di permesso di soggiorno o visto. Diverse possibilità si presentano alle autorità adite. Nella maggior parte dei casi sarà nell'interesse del minore recuperare, se possibile, le tappe pertinenti della procedura prevista all'art. 33 della Convenzione 96. In effetti, questa procedura è stata prevista proprio per proteggere al meglio i minori toccati da un collocamento. È quindi opportuno trasmettere il più in fretta possibile il dossier all'[Autorità centrale cantonale](#), che chiederà all'[Autorità centrale estera](#) un rapporto sul minore e i motivi della proposta di collocamento, e coordinerà in seguito il preavviso delle autorità svizzere sul luogo di collocamento, sul progetto di collocamento e sugli aspetti di diritto delle migrazioni. Per il resto, la procedura potrà svolgersi come descritto al punto [4.1.1.a](#) e alle figure Figura 2 e Figura 3. (Figura 4)

Dal punto di vista del diritto delle migrazioni, in casi come questo bisogna esaminare in modo approfondito se le condizioni [dell'articolo 33 OASA](#) siano soddisfatte e se i motivi addotti per il collocamento del minore siano plausibili e oggettivi e non costituiscano un tentativo di elusione del diritto sugli stranieri (in particolare delle condizioni di ammissione).¹⁷

È inoltre opportuno rendere attenti ai requisiti dell'articolo 33 della Convenzione 96 l'autorità estera che ha emanato la decisione di collocamento e l'autorità centrale dello Stato estero in questione.

¹⁷ [Istruzioni SEM, Settore degli stranieri, n. 5.4 segg.](#)

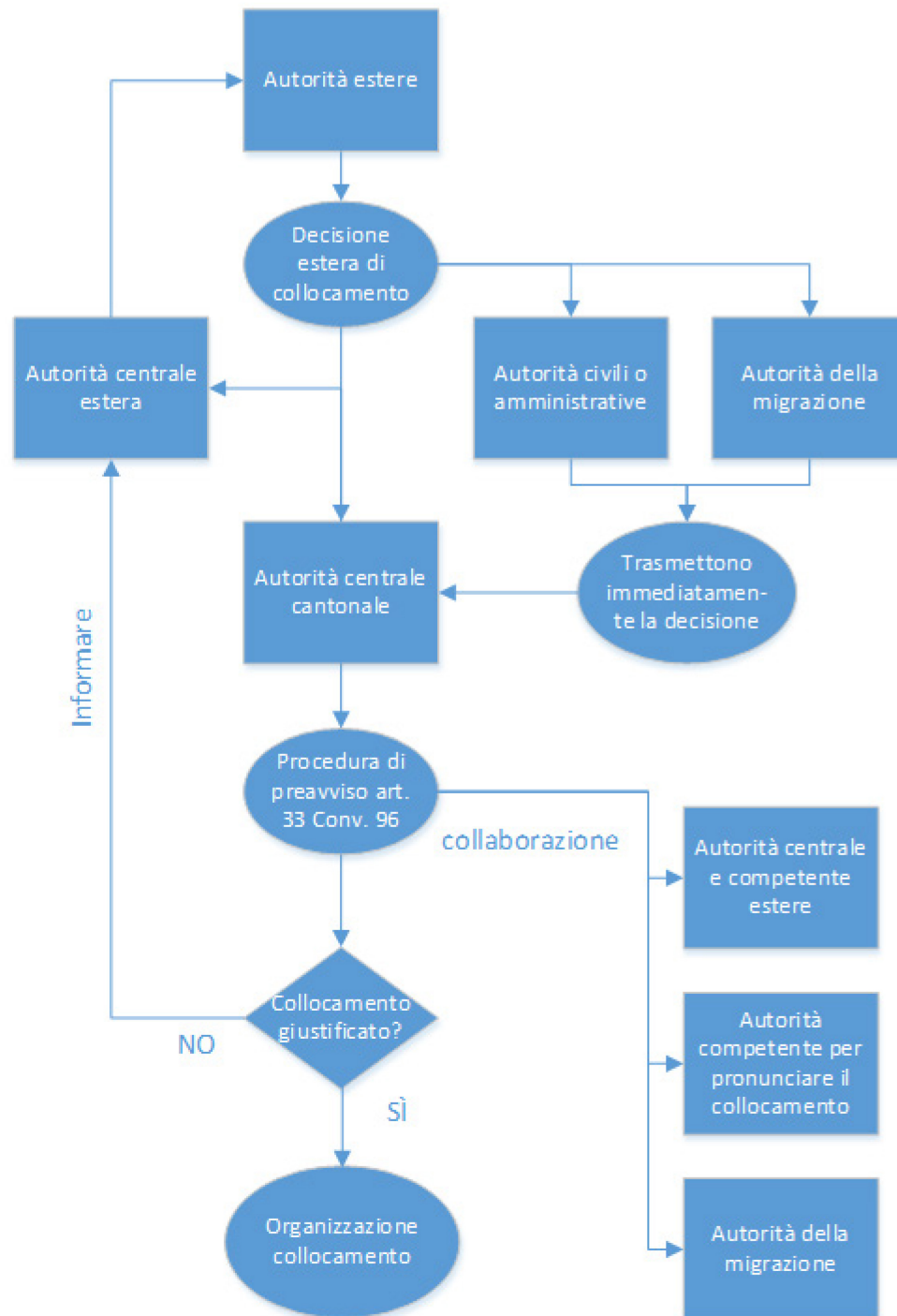


Figura 4



→ Nota bene: in caso di problemi o complicazioni, le autorità cantonali o comunali possono contattare [l'Autorità centrale federale](#) e/o la [SEM](#), che restano a disposizione per contribuire a trovare soluzioni.

b. In provenienza da uno Stato non parte della Convenzione 96

Ci sono diversi casi nei quali un'autorità svizzera può trovarsi di fronte a una decisione proveniente da uno Stato non contraente alla Convenzione 96 che pronuncia il collocamento di un minore in Svizzera: i più comuni saranno una richiesta di permesso di soggiorno per il minore alle autorità della migrazione da parte della famiglia affidataria o la segnalazione di una situazione alle autorità di protezione dei minori.

Dato che [l'articolo 33 della Convenzione 96](#) non è applicabile nei rapporti con gli Stati non contraenti alla Convenzione 96 e che non esiste alcuna base legale bi- o multilaterale che disciplini tale questione sotto l'aspetto civile, la persona che domanda il collocamento dovrà consultare l'autorità svizzera competente ai sensi dell'[art. 2 cpv. 1 lett. a](#) o [2 cpv. 2 lett. a OAMin](#) per rilasciare l'autorizzazione ad accogliere un minore. La procedura dipenderà dalla situazione concreta e dovrà rispettare le prerogative del diritto svizzero, segnatamente gli art. [6](#), [8](#) e [8a](#) OAMin.

Se il provvedimento è stato adottato nello Stato di dimora abituale del minore o tale Stato lo ha riconosciuto, esso può in linea di principio essere riconosciuto in virtù dell'[articolo 85 capoverso 4 LDIP](#). Le autorità svizzere competenti adite in un caso concreto hanno la possibilità di riconoscere la decisione estera in via pregiudiziale: in tutti i casi è consigliabile che le autorità cantonali civili o amministrative e della migrazione collaborino al fine di verificare se tutte le condizioni imposte dal diritto svizzero sono adempiute e trovare una soluzione conforme all'interesse del minore.

In un caso del genere bisogna esaminare in modo approfondito se siano soddisfatte le condizioni dell'[articolo 33 OASA](#) e se i motivi addotti per il collocamento del minore siano plausibili e oggettivi e non costituiscano un tentativo di elusione del diritto sugli stranieri (in particolare delle condizioni di ammissione)¹⁸.

¹⁸ [Istruzioni SEM, Settore degli stranieri, n. 5.4 segg.](#)



4.1.3. Collocamento «volontario con l'aiuto delle autorità»

a. In provenienza da uno [Stato parte della Convenzione 96](#)

[L'articolo 33 della Convenzione 96](#) non si applica ai collocamenti volontari, anche se hanno luogo su consiglio di un'autorità estera. Se è collocato in Svizzera a tempo indeterminato, il minore può acquisire la dimora abituale in Svizzera, il che comporta la competenza delle autorità svizzere di pronunciare le misure previste dalla Convenzione 96 (infatti, le autorità dello Stato della precedente dimora abituale del minore perdono automaticamente la loro competenza a favore di quelle svizzere, non vi è una «perpetuatio fori», cfr. [art. 5 segg. Convenzione 96](#)). Per contro, nel caso di collocamenti di breve durata o a tempo determinato, alle autorità svizzere compete unicamente l'adozione di misure di protezione urgenti (cfr. [art. 11](#) e [12](#) Convenzione 96); le misure non urgenti restano di competenza delle autorità dello Stato di dimora abituale. È consigliata la collaborazione tra autorità comunali e/o cantonali e, se necessario, federali (civili o amministrative e della migrazione) al fine di trovare una soluzione conforme all'interesse del minore. [L'Autorità centrale cantonale](#) può tentare di chiedere la collaborazione delle autorità dello Stato di provenienza in virtù della Convenzione 96.

Per le condizioni del collocamento si vedano [l'OAMin](#) (il cui regime di autorizzazione resta comunque applicabile) e sono trattate nelle Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari¹⁹. [L'articolo 33 OASA](#) prevede inoltre che un minore collocato possa ottenere un permesso di dimora se le condizioni di diritto civile per l'accogliimento di un minore straniero sono adempite. Nel contesto della protezione internazionale dei minori è fondamentale che il collocamento in Svizzera sia unicamente nell'interesse superiore del minore e che in primo piano non vi siano altre considerazioni, in particolare inerenti alla migrazione²⁰.

¹⁹ Le Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

²⁰ [Istruzioni SEM, Settore degli stranieri, n. 5.4 segg.](#)



b. In provenienza da uno Stato non parte della Convenzione 96

In un caso del genere si applica il diritto svizzero. Manca per contro una base legale per una *collaborazione internazionale* a livello civile, non avendo l'altro Stato ratificato la Convenzione 96. La *competenza* delle autorità svizzere può ciononostante risultare da detta Convenzione (cfr. [art. 85 cpv. 1 LDIP](#)). Se è collocato in Svizzera a tempo indeterminato, il minore può acquisire la dimora abituale in Svizzera, il che comporta la competenza delle autorità svizzere di pronunciare le misure previste dalla Convenzione 96 (infatti, le autorità dello Stato della precedente dimora abituale del minore perdono automaticamente la loro competenza a favore di quelle svizzere, non vi è una «perpetuatio fori», cfr. [art. 5 segg. Convenzione 96](#)). Per contro, nel caso di collocamenti di breve durata o a tempo determinato, alle autorità svizzere compete unicamente l'adozione di misure di protezione urgenti (cfr. [art. 11](#) e [12](#) Convenzione 96); le misure non urgenti restano di competenza delle autorità dello Stato di dimora abituale. È consigliata la collaborazione tra autorità comunali e/o cantonali e, se necessario, federali (civili o amministrative e della migrazione) al fine di trovare una soluzione conforme all'interesse del minore.

Le condizioni al collocamento si trovano nell'OAMin (il cui regime resta in tutti i casi applicabile) e sono trattate nelle Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari²¹. Inoltre, [l'art. 33 OASA](#) prevede che delle autorizzazioni di soggiorno possono essere accordate a dei minori collocati se le condizioni di diritto civile per l'accogliimento di un affiliando straniero sono adempite. Nel contesto della protezione internazionale dei minori è essenziale che il collocamento in Svizzera sia unicamente nell'interesse superiore del minore e che in primo piano non vi siano altre considerazioni, in particolare inerenti alla migrazione²².

²¹ Le Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

²² [Istruzioni SEM, Settore degli stranieri, n. 5.4 segg.](#)



4.1.4. Il minore si trova già in Svizzera – caso «fatto compiuto»

a. In provenienza da uno [Stato parte della Convenzione 96](#)

In assenza di una domanda di preavviso alle autorità svizzere conformemente [all'articolo 33 della Convenzione 96](#) prima della decisione di collocamento e della sua esecuzione, la Svizzera può – ma non deve – rifiutare il riconoscimento o l'esecuzione di una decisione estera di collocamento ([art. 23 par. 2 lett. f Convenzione 96](#)). Una tale situazione può essere sottoposta alle autorità svizzere in diversi modi, segnatamente nell'ambito di una richiesta di collaborazione in virtù della Convenzione 96 perché l'autorità estera chiede informazioni in merito al monitoraggio del collocamento, nell'ambito di una procedura davanti all'ARP o di una richiesta di permesso di soggiorno o di visto. Nella maggior parte dei casi sarà nell'interesse del minore di recuperare, qualora sia possibile, le tappe pertinenti della procedura prevista all'art. 33 della Convenzione 96, al fine di valutare se il collocamento è nell'interesse del minore e regolarizzare la situazione. È quindi opportuno trasmettere il più rapidamente possibile il dossier all'[Autorità centrale cantonale](#), che chiederà all'[Autorità centrale estera](#) un rapporto sul minore e i motivi della proposta di collocamento e, in seguito, coordinerà il preavviso delle autorità svizzere sul luogo di collocamento, sul progetto di collocamento e gli aspetti di diritto delle migrazioni. (Figura 4)

È ad ogni modo opportuno rendere attente ai requisiti dell'articolo 33 della Convenzione 96 l'autorità estera che ha emanato la decisione di collocamento e l'autorità centrale dello Stato estero in questione.

Anche in un caso del genere bisogna esaminare in modo approfondito se siano soddisfatte le condizioni [dell'articolo 33 OASA](#) e se i motivi adottati per il collocamento del minore siano plausibili e oggettivi e non costituiscano un tentativo di elusione del diritto sugli stranieri (in particolare delle condizioni di ammissione)²³

Per le condizioni del collocamento si vedano [l'OAMin](#) (il cui regime di autorizzazione resta in ogni caso applicabile) e l'articolo 33 OASA; esse vengono inoltre trattate nelle Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari²⁴.

²³ [Istruzioni SEM, Settore degli stranieri, n. 5.4 segg.](#)

²⁴ Le Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.



In caso di preavviso negativo delle autorità cantonali, visto che il minore si trova già sul territorio svizzero l'Autorità centrale cantonale collabora con le autorità dello Stato che ha collocato il minore in Svizzera al fine di trovare una soluzione nell'interesse del minore; a seconda della situazione concreta, potrà trattarsi del ritorno del minore nello Stato di provenienza o di un'altra soluzione in Svizzera. Una coordinazione tra le diverse autorità implicate sarà particolarmente importante (Figura 4).

- Nota bene: in caso di problemi o complicazioni, le autorità cantonali o comunali possono contattare [l'Autorità centrale federale](#) e/o la [SEM](#), che restano a disposizione per contribuire a trovare soluzioni.
- Nota bene 2: se è collocato in Svizzera a tempo indeterminato, il minore può acquisire rapidamente la dimora abituale in Svizzera ed è quindi applicabile la legislazione federale e cantonale in materia di protezione dei minori, poiché le autorità dello Stato della precedente dimora abituale del minore perdono la loro competenza a favore di quelle svizzere (cfr. [art. 5 segg. Convenzione 96](#), non vi è «perpetuatio fori»). Per contro, nel caso di collocamenti di breve durata o a tempo determinato, alle autorità svizzere compete unicamente l'adozione di misure di protezione urgenti (cfr. [art. 11](#) e [12](#) Convenzione 96); le misure non urgenti restano di competenza delle autorità dello Stato di dimora abituale.

b. In provenienza da uno Stato non parte della Convenzione 96

In un caso del genere si applica il diritto svizzero. Manca per contro una base legale per una *collaborazione internazionale* a livello civile, non avendo l'altro Stato ratificato la [Convenzione 96](#). La *competenza* delle autorità svizzere può ciononostante risultare da detta Convenzione (cfr. [art. 85 cpv. 1 LDIP](#)). Se è collocato in Svizzera a tempo indeterminato, il minore può acquisire la dimora abituale in Svizzera, il che comporta la competenza delle autorità svizzere di pronunciare le misure previste dalla Convenzione 96 (infatti, le autorità dello Stato della precedente dimora abituale del minore perdono automaticamente la loro competenza a favore di quelle svizzere, non vi è una «perpetuatio fori», cfr. [art. 5 segg. Convenzione 96](#)). Per contro, nel caso di collocamenti di breve durata o a tempo determinato, alle autorità svizzere compete unicamente l'adozione di misure di protezione urgenti (cfr. [art. 11](#) e [12](#) Convenzione 96); le misure non urgenti restano di competenza delle autorità dello Stato di dimora abituale.

Ci sono diversi casi nei quali un'autorità svizzera può trovarsi confrontata ad un minore collocato in Svizzera sulla base di una decisione proveniente da uno Stato non contraente alla Convenzione 96: le più comuni saranno una richiesta di permesso di soggiorno per il minore



da parte della famiglia affidataria o la segnalazione di una tale situazione alle autorità di protezione dei minori.

Dato che [l'articolo 33 della Convenzione 96](#) non è applicabile nei rapporti con gli Stati non contraenti alla Convenzione 96 e che non esiste alcuna base legale bi- o multilaterale che disciplini tale questione sotto l'aspetto civile, la persona che domanda il collocamento dovrà consultare l'autorità svizzera competente ai sensi dell'[art. 2 cpv. 1 lett. a](#) o [2 cpv. 2 lett. a OAMin](#) per rilasciare l'autorizzazione ad accogliere un minore. La procedura dipenderà dalla situazione concreta e dovrà rispettare le prerogative del diritto svizzero, segnatamente gli [art. 6, 8 e 8a OAMin](#).

Per le condizioni del collocamento si vedano l'OAMin (il cui regime di autorizzazione resta in ogni caso applicabile) e [l'articolo 33 OASA](#); esse vengono inoltre trattate nelle Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari²⁵.

Se il provvedimento è stato adottato nello Stato di dimora abituale del minore o tale Stato lo ha riconosciuto, esso può in linea di principio essere riconosciuto in virtù [dell'articolo 85 capoverso 4 LDIP](#). Le autorità svizzere competenti adite in un caso concreto hanno la possibilità di riconoscere la decisione estera in via pregiudiziale: in tutti i casi è consigliabile che le autorità cantonali civili o amministrative e della migrazione collaborino al fine di verificare se tutte le condizioni imposte dal diritto svizzero sono adempiute e trovare una soluzione conforme all'interesse del minore.

In un caso del genere bisogna esaminare in modo approfondito se siano soddisfatte le condizioni dell'articolo 33 OASA e se i motivi addotti per il collocamento del minore siano plausibili e oggettivi e non costituiscano un tentativo di elusione del diritto sugli stranieri (in particolare delle condizioni di ammissione)²⁶.

²⁵ Le Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.

²⁶ [Istruzioni SEM, Settore degli stranieri, n. 5.4 segg.](#)



4.2. Casi in uscita

4.2.1. Il minore si trova ancora in Svizzera – procedura corretta (con previa domanda d'autorizzazione)

a. Con uno [Stato parte della Convenzione 96](#)

Esame delle esigenze del diritto svizzero

Se intende procedere a un collocamento all'estero in uno Stato parte della [Convenzione 96](#), la competente autorità svizzera si assicura che siano soddisfatti i requisiti del diritto svizzero, in particolare quelli [dell'OAMin](#). (Figura 5)

Quando un bambino straniero domiciliato in Svizzera è collocato all'estero, non va dimenticato che il suo permesso di soggiorno svizzero decade dopo un soggiorno di sei mesi all'estero. Se il bambino detiene un permesso di domicilio, questo può essere, con l'accordo delle autorità migratorie cantonali, mantenuto per un periodo massimo di quattro anni, se la domanda è introdotta entro sei mesi dalla partenza all'estero ([art. 61 cpv. 2 LStrl](#)).

Richiesta secondo l'art. 33 Convenzione 96

L'autorità svizzera cui compete decidere il collocamento prepara una [domanda](#) conformemente [all'articolo 33 della Convenzione 96](#)²⁷, contenente un rapporto sul minore e i motivi per i quali prende in considerazione il collocamento. Trasmette la domanda all'[Autorità centrale cantonale](#), che a sua volta la trasmette alle autorità dello Stato richiesto. (Figura 5)

Variante: l'autorità cui compete decidere il collocamento può in linea di principio trasmettere la domanda direttamente alla competente autorità dello Stato richiesto e collaborare con quest'ultima senza coinvolgere le autorità centrali. In tal caso informa l'Autorità centrale cantonale.

Decisione di collocamento

Se il preavviso delle competenti autorità dello Stato richiesto è positivo, la competente autorità svizzera può decidere il collocamento e comunicare la sua decisione all'Autorità centrale cantonale, che a sua volta la trasmette alle competenti autorità estere. (Figura 5)

²⁷ Trovate il modulo di richiesta sul sito dell'Autorità centrale federale (<https://www.bj.admin.ch/bj/it/home/gesellschaft/kinderschutz/platzierungen.html>).



Organizzazione del collocamento

Se necessario, le autorità centrali mettono in contatto le competenti autorità dei due Stati, affinché queste possano organizzare il collocamento. (Figura 5)

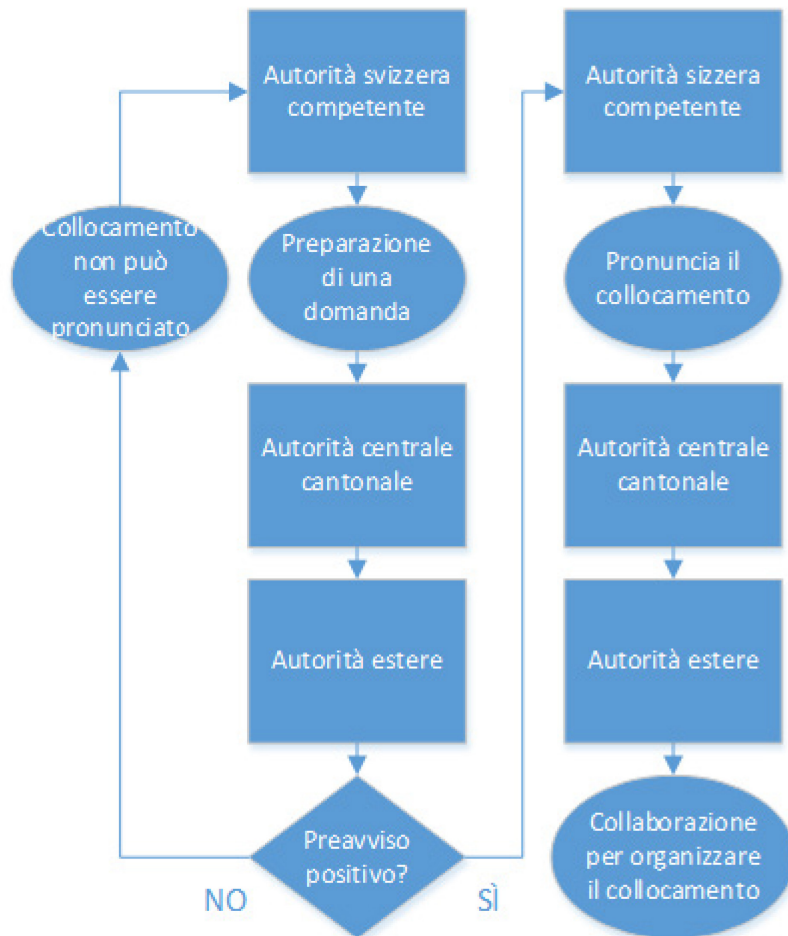


Figura 5

→ Nota bene: in caso di problemi o complicazioni, le autorità cantionali o comunali possono contattare [l'Autorità centrale federale](#) e/o la [SEM](#), che restano a disposizione per contribuire a trovare soluzioni.

b. Con uno Stato non parte della Convenzione 96

Non vi sono basi legali internazionali che disciplinino la questione del collocamento all'estero in uno Stato che non è parte della [Convenzione 96](#). Ciononostante l'autorità svizzera che



intende collocare un minore all'estero deve assicurarsi che i requisiti del diritto svizzero siano soddisfatti, in particolare quelli [dell'OAMin](#), e che sia rispettata la legislazione in vigore nello Stato in cui intende collocare il minore.

Quando un bambino straniero domiciliato in Svizzera è collocato all'estero, non va dimenticato che il suo permesso di soggiorno svizzero decade dopo un soggiorno di sei mesi all'estero. Se il bambino detiene un permesso di domicilio, questo può essere, con l'accordo delle autorità migratorie cantonali, mantenuto per un periodo massimo di quattro anni, se la domanda è introdotta entro sei mesi dalla partenza all'estero ([art. 61 cpv. 2 LStrl](#)).

4.2.2. Caso «fatto compiuto» – La decisione di collocamento è già stata pronunciata e/o il minore è già collocato nell'altro Stato

a. In uno [Stato parte della Convenzione 96](#)

In assenza di una domanda di preavviso alle competenti autorità dello Stato in cui s'intende collocare il minore conformemente [all'articolo 33 della Convenzione 96](#) prima della pronuncia e/o dell'esecuzione della decisione di collocamento, le autorità estere che ricevono una decisione di collocamento svizzera possono – ma non devono – rifiutarne il riconoscimento (cfr. [art. 23 cpv. 2 lett. f Convenzione 96](#)). Spetta alla competente autorità dello Stato in cui si intende collocare il minore decidere se gli elementi forniti nella decisione siano sufficienti a motivare il collocamento e quindi se sia possibile e adeguato procedere a un recupero delle tappe previste dall'articolo 33 della Convenzione 96 (collaborando con le competenti autorità svizzere sulla base di tale disposizione e della Convenzione 96 in generale).

Quando un minore straniero residente in Svizzera è collocato all'estero, occorre tenere conto del fatto che il suo permesso di soggiorno svizzero scade dopo un soggiorno di sei mesi all'estero. Se il minore è titolare di un permesso di domicilio, quest'ultimo può essere mantenuto, con il consenso delle autorità cantonali della migrazione, per al massimo quattro anni, sempreché la domanda sia presentata entro sei mesi dalla partenza dalla Svizzera ([art. 61 cpv. 2 LStrl](#)).

→ Nota bene: si tratta di un caso che non dovrebbe verificarsi, poiché [l'OAMin](#) e l'articolo 33 della Convenzione 96 devono imperativamente essere rispettati.

→ Nota bene 2: in caso di problemi o complicazioni, le autorità cantonali o comunali possono contattare [l'Autorità centrale federale](#) e/o la [SEM](#), che restano a disposizione per contribuire a trovare soluzioni.



b. In uno Stato non parte della Convenzione 96

Mancano basi legali internazionali che disciplinino la questione del collocamento all'estero in uno Stato che non è parte della [Convenzione 96](#). Ciononostante l'autorità svizzera che intende collocare un minore all'estero deve assicurarsi che i requisiti del diritto svizzero siano soddisfatti, in particolare quelli [dell'OAMin](#), e che sia rispettata la legislazione in vigore nello Stato in cui intende collocare il minore. Le conseguenze di un collocamento all'estero che non rispetta i requisiti legali dello Stato in questione possono essere gravi (cfr. [punto 3.4](#)).

Le autorità svizzere non hanno un partner chiaramente designato che potrebbe fornire delle informazioni o cooperare con loro nell'ambito di un collocamento internazionale. La valutazione dell'ambiente di collocamento all'estero è retta dalle regole generali dell'assistenza giudiziaria sull'assunzione delle prove all'estero²⁸. L'ambasciata in Svizzera del paese in questione e il Servizio sociale internazionale possono, se del caso, fornire dei ragguagli.

Quando un minore straniero residente in Svizzera è collocato all'estero, occorre tenere conto del fatto che il suo permesso di soggiorno svizzero scade dopo un soggiorno di sei mesi all'estero. Se il minore è titolare di un permesso di domicilio, quest'ultimo può essere mantenuto, con il consenso delle autorità cantonali della migrazione, per al massimo quattro anni, sempreché la domanda sia presentata entro sei mesi dalla partenza dalla Svizzera ([art. 61 cpv. 2 LStrl](#)).

²⁸ Cfr. la [guida all'assistenza giudiziaria dell'UFG](#).



4.2.3. Collocamento «volontario con l'aiuto delle autorità»

a. In uno [Stato parte della Convenzione 96](#)

[L'articolo 33 della Convenzione 96](#) non è applicabile ai collocamenti volontari, neppure se avvengono su consiglio di un'autorità svizzera. Se è collocato all'estero a tempo indeterminato, un minore può acquisire la dimora abituale nel Paese in questione e in tal caso è soggetto alla legislazione estera in materia di collocamento e di protezione dei minori, poiché le autorità svizzere perdono automaticamente la loro competenza a favore di quelle del nuovo Stato di dimora abituale del minore (cfr. [art. 5 segg. Convenzione 96](#), non c'è «perpetuatio fori»). Per contro, per i collocamenti di breve durata e di durata temporanea alle autorità estere compete unicamente l'adozione di misure di protezione urgenti (cfr. [art. 11](#) et [12](#) Convenzione 96); le misure non urgenti restano di competenza delle autorità della Svizzera, Stato di dimora abituale del minore.

L'autorità svizzera che consiglia o segue la famiglia che intende collocare un minore all'estero dovrebbe rendere i genitori attenti alla necessità di rispettare i requisiti della legislazione svizzera, in particolare [dell'OAMin](#), e di quella estera, alla stregua di quanto previsto nel caso di un collocamento su decisione dell'autorità. Quando l'autorità considera che un collocamento è necessario, questa dovrebbe applicare l'OAMin, compreso l'art. 2a cpv. 1 per analogia, anche se decide di non rendere una decisione ufficiale di collocamento (v. [punto 3.3.](#)). Se necessario, in virtù della Convenzione 96, [l'Autorità centrale cantonale](#) può cercare di chiedere la collaborazione delle autorità dello Stato in cui il minore deve essere collocato.

Quando un minore straniero residente in Svizzera è collocato all'estero, occorre tenere conto del fatto che il suo permesso di soggiorno svizzero scade dopo un soggiorno di sei mesi all'estero. Se il minore è titolare di un permesso di domicilio, quest'ultimo può essere mantenuto, con il consenso delle autorità cantonali della migrazione, per al massimo quattro anni, sempreché la domanda sia presentata entro sei mesi dalla partenza dalla Svizzera ([art. 61 cpv. 2 LStrl](#)).



b. In uno Stato non parte della Convenzione 96

In un caso del genere manca una base legale per una collaborazione internazionale a livello civile. Se un minore è collocato all'estero può darsi che acquisisca la nuova dimora abituale nel Paese in questione e che quindi sottostia alla legislazione estera in materia di collocamento e protezione di minori; può anche darsi che il diritto di tale Stato sia completamente diverso dal nostro e preveda l'applicazione del suo diritto a tutti i minori presenti sul suo territorio. È quindi essenziale informarsi precedentemente sui requisiti del diritto estero.

L'autorità svizzera che consiglia o segue la famiglia che intende collocare un minore all'estero dovrebbe rendere i genitori attenti alla necessità di rispettare i requisiti della legislazione svizzera, in particolare [dell'OAMin](#), e di quella estera, alla stregua di quanto previsto nel caso di un collocamento su decisione dell'autorità. Quando l'autorità considera che un collocamento è necessario, questa dovrebbe applicare l'OAMin, compreso [l'art. 2a cpv. 1](#) per analogia, anche se decide di non rendere una decisione ufficiale di collocamento (v. [punto 3.3.](#)).

Quando un minore straniero residente in Svizzera è collocato all'estero, occorre tenere conto del fatto che il suo permesso di soggiorno svizzero scade dopo un soggiorno di sei mesi all'estero. Se il minore è titolare di un permesso di domicilio, quest'ultimo può essere mantenuto, con il consenso delle autorità cantonali della migrazione, per al massimo quattro anni, sempreché la domanda sia presentata entro sei mesi dalla partenza dalla Svizzera ([art. 61 cpv. 2 LStrl](#)).



5. Questioni procedurali

5.1. Spese procedurali

Secondo [l'articolo 38 capoverso 1 della Convenzione 96](#), le Autorità centrali e le altre autorità amministrative – ad eccezione dei tribunali – sostengono in linea di massima le proprie spese dovute all'applicazione [dell'articolo 33](#). Non sono comprese le spese di giustizia o processuali, in particolare quelle per il rappresentante legale. Sono invece comprese le spese per la corrispondenza e la trasmissione, per la ricerca d'informazioni e la localizzazione di un minore, per la mediazione o altri metodi di composizione amichevole nonché per l'attuazione delle misure ordinate in un altro Stato contraente, in particolare i provvedimenti di collocamento²⁹. Tuttavia, l'articolo 38 paragrafo 1 della Convenzione 96 concede alle autorità il diritto di chiedere la rifusione di spese ragionevoli corrispondenti ai servizi forniti. Tali domande dovrebbero essere formulate con una certa moderazione e le autorità dovrebbero previamente informare in modo chiaro in merito alle spese assunte. Occorre tenere conto dell'interesse del minore ed evitare che l'adozione o il riconoscimento di una misura di protezione siano negati unicamente a causa di questioni legate alle spese. Si raccomanda pertanto di discutere precedentemente la questione con le autorità dell'altro Stato³⁰.

5.2. Lingue di comunicazione, traduzioni

Il collocamento internazionale di minori implica la comunicazione e la cooperazione con autorità estere. [L'articolo 54 della Convenzione 96](#) disciplina le questioni inerenti alla lingua di comunicazione. Prevede che ogni comunicazione sia inviata nella lingua originale e accompagnata da una traduzione nella lingua ufficiale o in una delle lingue ufficiali dello Stato richiesto o, quando tale traduzione sia difficilmente realizzabile, da una traduzione in francese o in inglese. [L'articolo 60 della Convenzione 96](#) prevede tuttavia la facoltà di esprimere una riserva sull'uso del

²⁹ La competenza per il finanziamento delle misure di collocamento internazionale è retta, come per quelle nazionali, dal diritto cantonale.

³⁰ Cfr. a questo proposito anche il capitolo 8.5 delle Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari, che sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/the-mes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.



francese o dell'inglese³¹. I punti seguenti sono da prendere particolarmente in considerazione nell'ambito della comunicazione con le autorità estere:

- Comunicazione con le autorità centrali: la comunicazione con le autorità centrali si svolge di regola in francese o inglese. Alcune autorità centrali sono anche in grado di fornire servizi di traduzione.
- Collaborazione con le competenti autorità di un altro Stato: quando è necessaria la collaborazione delle competenti autorità dello Stato richiesto, è inevitabile la traduzione nella lingua ufficiale di tale Stato.
- Le spese di traduzione sono a carico dell'autorità richiedente.

In un caso concreto, è raccomandabile informarsi precedentemente presso l'[Autorità centrale cantonale](#).

³¹ Per un elenco aggiornato degli Stati che si sono avvalsi di una tale riserva, cfr. il sito della Conferenza dell'Aia di diritto internazionale privato al seguente indirizzo: <https://www.hcch.net/fr/instruments/conventions/status-table/?cid=70>.



6. Risorse

[AC federale:](#)

Ufficio federale di giustizia, Settore Diritto internazionale privato

Sito internet: www.bj.admin.ch > Società > Protezione internazionale dei minori

E-mail : kindesschutz@bj.admin.ch

Tel. : 058 463 88 64

[AC cantonali, indirizzi](#)

[Segreteria di Stato della migrazione \(SEM\):](#)

Ambito direzionale Immigrazione e integrazione, Divisione Ammissione Dimora

e-mail: aufenthalt@sem.admin.ch

tel.: 058 465 11 11

Per tutte le informazioni sulla Convenzione 96 (Stati contraenti e autorità centrali o competenti, riserve, rapporto esplicativo, manuale, ecc.):

[Sito della Conferenza dell'Aia di diritto internazionale privato, settore protezione dei minori:](#)

www.hcch.net.

Le Raccomandazioni della CDOS e della COPMA in merito ai collocamenti extrafamiliari sono disponibili, in francese e tedesco, sul sito della CDOS <https://www.sodk.ch/fr/themes/enfance-et-jeunesse/placement-denfants-hors-du-foyer-familial/> e su quello della COPMA <https://www.kokes.ch/fr/documentation/recommandations/placement>.